

# VOLKSWACHT

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Wehgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6892.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 25.

Breslau, Mittwoch, den 31. Januar 1894.

5. Jahrgang.

## Unseren werthen Leserinnen und Lesern

zur Nachricht, daß mit morgiger Nummer ein äußerst interessanter Roman

### „Geächtet“

von  
Ferdinand Heffmann

beginnt und bitten wir, Bestellungen auf die „Volkswacht“ sobald wie möglich bei den Colporteurs und in der Expedition zu machen. Die ersten Nummern werden nachgeliefert.

Redaction und Verlag der  
„Volkswacht“.

## Ein edles Brüderpaar.

Als von conservativer Seite darüber gehöhnt wurde, daß die Socialdemokraten immer von Polizeispitzeln zu reden wüßten, was aber Alles bloße Märchen wären, brachte der Abg. Singer zu den seit früher schon bekannten Spitzelmachenschaften zwei neue Beispiele vor. Er wies auf den Journalist Theodor Reuß und den Redacteur Heinrich Oberwinder des Berliner Stöder-Blattes „Volk“ hin. Diese beiden Herren haben darauf „Berichtigungen“ versandt, es sei Alles unwahr, was Singer behauptet habe, sie seien die unschuldigsten Menschen der Welt. Deshalb legt nunmehr der „Vorwärts“ einige Lichter auf über die dunkle Vergangenheit dieser beiden interessanten Existenzen.

## Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

63]

(Schluß.)

„Sie werden in einem anderen Klima Genesung finden, Fräulein Helene,“ sagte Dr. Orzesko, der den verlangten Abschied erhalten hatte und mit Borodin nach Surgut gereist war, wo er ihn zu Fräulein Rachel begleitete. „Verzweifeln Sie nicht, Sie sind von Natur nicht zur Schwindsucht disponirt, nur die Verhältnisse haben bei Ihnen die Krankheit verursacht. Sie brauchen deshalb Sibirien nicht zu verlassen. Der alte Siborski, der in Folge der Vollmacht des Herrn Borodin auf telegraphische Anordnung des Generalgouverneurs bereits in Freiheit gesetzt worden ist und jede Stunde hier eintreffen muß, wird seine Tochter weder hier lassen wollen, noch wird er in Rußland bleiben. Er wird mit den Trümmern seines Vermögens nach Deutschland oder Italien gehen und gewiß wird er die aufopfernde Pflegerin seines Kindes nicht schutzlos hier zurücklassen.“

„D, wenn er mich mit sich nähme,“ rief Helene freudbefröhnd, „dann wäre es etwas anderes. Aber wo wollen Sie hingehen, Herr Doctor?“

„Nach England, mein Fräulein — dort in aller Ruhe meine Memoiren zu schreiben. Hier ist mir der Boden zu heiß — und ich glaube wirklich, noch manchem Andern auch. Wenn Rußland so fortwirth-

Bezüglich des Herrn Reuß stellt der „Vorwärts“ zunächst dessen Lüge fest, daß der „Socialdemokrat“ 1887 zuerst ihn als Spitzel beschuldigt hätte. Vielmehr schrieb bereits am 3. Juli 1886 die Moskische „Freiheit“ folgende Warnung aus:

### Ein internationaler Polizist.

„Ein Ha . . . Namens C. Theodor Reuß, aus Augsburg in Bayern, angeblich Concertsänger, wurde als internationaler Polizeispion entlarvt und aus der (anarchistischen) „Socialist League“ und dem Moskischen Communistischen Arbeiterverein ausgeschlossen.“

Dieser Ausschluß ist am 20. Mai 1886 erfolgt und auf Reclamation am 13. Juni vom Generalrath der „Socialist League“ einstimmig bestätigt worden. In der gleichen Nr. 27 der „Freiheit“ veröffentlichte der seiner Zeit im ersten anarchischen Hochverratsprozess zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurtheilte Anarchist Davés einen spaltenlangen Artikel: „Meine Beziehungen zu Charies Theodor Reuß“, worin er die Gründe für obige Warnung und für die Ausstoßung des Reuß aus den beiden anarchisch-revolutionären Organisationen ausführlich darlegt.

Der „Socialdemokrat“ veröffentlichte erst am 13. Mai 1887 den bekannten Artikel: „Wie John Neve der preussischen Polizei in die Hände geliefert wurde“, worin unter Angabe von Ort, Zeit und Versionen auseinandergesetzt wurde, daß Peukert und Reuß am 1./2. Januar 1887 eine Reise von London nach Brüssel und Lüttich gemacht haben zu dem ausschließlichen Zwecke, dort mit Neve zusammenzutreffen. Bei dieser Gelegenheit sollte Neve's Aufenthalt, welchen die preussische Polizei damals kennen zu lernen Begierde trug, dieser verrathen und damit Gelegenheit gegeben werden, Neve's Auslieferung von der belgischen Regierung zu verlangen; was nach dieser Reise bekannt-

lich geschehen. Das Geld zu dieser Reise lieferte Reuß. Das gestand Peukert in jener Untersuchungs-farce selber zu.

Und warum sagte Herr Reuß nichts davon, daß Neve selber am 16. Januar 1887 über diese Reise geschrieben hat:

„Der lange Josef (Peukert) kam nicht allein, sondern der el . . . Reuß war mit ihm. Wie ich mit dem Ver-fahren bin, kannst Du Dir denken?“

Wie er mit ihm verfahren, das erzählt der Polizeispion Max Trautner in einer Broschüre, die 1889 im Verlage der Anarchisten Daubenspeck und Böhle unter dem Titel: „Wie John Neve verhaftet wurde“ in London erschienen ist. Trautner, der bei dieser Affaire neben Reuß und Peukert als dritter Polizeispion thätig war, erzählt darüber so ausführlich und interessant, daß wir nächster Tage aus dieser Broschüre größere Auszüge mittheilen werden.

Auch über diese Broschüre schweigt Herr Reuß in seiner Erklärung ganz merkwürdiger Weise, obwohl Trautner als Ohrenzeuge auf Seite 18 den Polizeicommissar Wöhling aus Aachen des Langes und Breiten über Reuß' gewohnte Spitzelhätigkeit an seinen Chef Krüger berichten läßt.

Erst am 28. December 1887 veröffentlichte der „Socialdemokrat“ in Nummer 52 die Liste der „Geheimen Agenten der Berliner Polizei“, auf der neben Haupt, Rebel, Neumann, Ronne, Sachs, Schröder, Schwennhagen, Trautner, Wichmann auch Oberwinder und Reuß aufgeführt waren. Und erst damals benannte der „Socialdemokrat“ das Gehalt für Oberwinder und Trautner auf je 450 Mk. pro Monat, für Ronne auf 250 Mk., Schröder 250 und Haupt 200 Fr. pro Monat. —

schastet, so wird binnen kurzem die geistige Elite seiner Bewohner sich in Sibirien und im Auslande befinden. Dann wird die Regierung wohl endlich Ruhe haben, denn sie wird dann die Unterthanen haben, die sie braucht: Eine Horde unwissender Slaven, die nicht das Bewußtsein ihrer Menschenrechte, sondern höchstens Hunger und Leidenschaft zur Empörung treiben.“

„Was geschieht mit unseren anderen Freunden?“

„Herr Demidof ist zugleich mit Herrn Siborski in Freiheit gesetzt worden,“ erwiderte der Hauptmann.

„Nathan Petrowitsch —“

„Für ihn kann ich leider nichts thun, er hat einen Richter zu ermorden versucht und ward trotz meiner dringenden Witten nicht in die Begnadigung eingeschlossen, vermuthlich deshalb weil er ein Jude ist.“

„Oh — aber Doctor Baillie?“

„Er befindet sich hoch oben im Norden, in einem abgelegenen Dorje. Ich reise selbst hin, ihn aufzusuchen und zurückzuführen.“

„Der Arme,“ rief Helene mitleidig. „Er weiß noch nichts von dem schrecklichen Schicksal und dem inzwischen erfolgten Tode seiner Frau. Für den jungen Polen Czartoryski und seine Schwester Isabella vermögen Sie nichts zu thun?“

„Ich kenne sie nicht.“

Helene erzählte nun Borodin von dem Edelmuth Isabellas, die ihren Bruder in die Verbannung begleitet habe und nicht zu bewegen sei, ihr Schicksal von dem feintigen zu trennen.

„Es ist schade, daß soviel Schönheit, Anmuth und Tugend in dieser Wüste vergehen sollen!“ fügte sie mitleidig hinzu.

Borodin suchte die Achseln.

„Wer fragt in Rußland nach Schönheit und Anmuth, Ihre Freundin mag weder das erste noch das letzte Opfer sein.“

„Und Lazareff?“ fragte Helene noch. „Wird ihn gar keine Strafe für seine Schurkereien treffen?“

„Ich habe der Regierung einen Bericht über ihn eingereicht, aber — er hat einflußreiche Freunde und wir sind in Rußland. Leben Sie wohl, mein Fräulein!“

Der muthige Offizier trat wirklich die Reise nach Jakutsk an und fand in einer Jakutenhütte in der Nähe von Berchojansk den Gesuchten, der im tiefsten Elend lebte, da ihm zur Fristung seines Lebens in jenen öden, kalten Gegenden kein anderes Mittel übrig geblieben war, als sich für seinen Unterhalt als Knecht bei einer Jakutenfamilie zu vermieten, deren schnutzige Hütte, Kleidung und widerliche Nahrung er theilte.

„Ich lebte wie ein Thier und wäre über kurz oder lang noch zum Thier geworden,“ erklärte er seinem Befreier, in dessen Gesellschaft er nach Moskau zurückkehrte. Hier trafen sie Wladimir Siborski und Sophia und Helene wieder, ersterer jetzt ein Greis mit silberweißen Haaren, gebrochen und gebeugt durch die schweren Leiden der Verbannungszeit und das Unglück seiner Kinder. Wirklich beabsichtigte er, da es ihm gelungen war, einen Theil seines Vermögens zu retten, sich mit



... sagte Oberwinder ...  
 ... von dem ...  
 ... Herr Oberwinder ...  
 ... Herr Oberwinder ...  
 ... Herr Oberwinder ...

... damals ...  
 ... Herr Oberwinder ...  
 ... Herr Oberwinder ...  
 ... Herr Oberwinder ...

... Herr Oberwinder ...  
 ... Herr Oberwinder ...  
 ... Herr Oberwinder ...  
 ... Herr Oberwinder ...

Uebrigens scheint Herr Oberwinder an einer ganz polizeiwidrigen Gedächtnisschwäche zu leiden; „Anarchisten und radicale Socialdemokraten zählen stets zu meinen erbittertesten Feinden, nie zu meinen Freunden und Genossen“ — sagt er heute. Herr Oberwinder scheint vergessen zu haben, daß der fürchterliche „Anarchist“ Hans Moll nicht bloß sein Freund und Genosse gewesen, sondern daß er mit ihm zusammen auch wegen Hochverrats zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt, freilich bald darauf begnadigt worden ist. Und eben so vergißt Herr Oberwinder, daß der „radicale Socialdemokrat“ Andreas Scheu seinerzeit ebenfalls ihm Freund und Genosse war. Feilich, als Scheu ihn später einen „Hauptfeindling“ nannte, „der sich immer hinter den Coulissen hält, Andere für sich sprechen, figuriren und die Suppen ausessen läßt, die er diplomatisch eingebracht“, der die große Demonstration vor dem Wiener Reichsrath (1869) arrangirte, von der Theilnahme sich aber gedrückt habe; als Scheu ihm sogar offenen Verrug vorwarf und ihn einen „Judas an der Arbeiterfackel“ nannte, da hatte die Freundschaft ein Ende. Oberwinder verklagte seinen Ex-Freund und Ex-Genossen, aber das Schwurgericht sprach Scheu frei, weil die Geschworenen (am 14. März 1874) die Frage:

Hat Herr Andreas Scheu zur Verurteilung dieser seiner Schmähung entbehrende Handlungen des Herrn Oberwinder erwiesen?  
 einstimmig bejaht hatten.

Falls Herr Oberwinder auch jene Proceßverhandlungen vergessen haben sollte, so können wir sein Gedächtniß durch Ueberreichung eines gedruckten Berichtes darüber wieder auffrischen. Herr Oberwinder, heute einer der ersten Streiter im Kampfe wider die Juden und Liberalen, würde darin finden, daß er damals mit Vorliebe mit Juden verkehrt hat. Vom Bankier Simon Deutsch (trotz seines Namens kein Arier) erhielt er damals 10,000 fl. zur Gründung eines Tageblattes; ein anderer Nicht-Arier, Alexander Scharif, gab ihm 1200 fl.; an Leon Fein verkaufte er die mit Arbeitergeld gegründete und jetzt geleitete Druckerei. — Auch für die Juden der Wiener „Neuen freien Presse“ schrieb er gegen gutes Honorar, genau so, wie er heute gegen die Juden schreibt. Und in den ruhmvollen Tagen seines Pariser Aufenthaltes, bis 1887, wo er, nach den Enthüllungen im „Socialdemokrat“, den Weg des Herrn, zu Stöckl hinübergeleitete, schrieb er regelmäßige Berichte an eines der berühmtesten Wiener Börseblätter, die „Allgemeine Deutsche Zeitung“ des

Ich habe weder in Wort noch in Schrift für die Verbreitung der socialdemokratischen Partei gewirkt.

Auf der anderen Seite aber erinnerte der auch, damals in seiner Ehre so sehr schwer gekränkte, wahre, echte, gemäßigte, anständige Socialdemokrat Oberwinder die Richter daran, man mache ihm einen Vorwurf daraus, daß er mit den (Juden-)Liberalen pactire und die (jüdische Wiener) Bourgeoisie nicht in der Weise angreife, wie andere Leute.

Man mag also beurtheilen wofür „seine gesammte öffentliche Thätigkeit zeuge“. Jedenfalls dafür, daß es ihm von jeher nicht an jener Unverfrorenheit gemangelt hat, die nöthig ist, um auf solche Anklagen mit solchen Erklärungen zu antworten und dabei auf seine gesammte öffentliche Thätigkeit zu verweisen, die nichts anderes war als der ununterbrochene Farbenwechsel des politischen Chamäleons: heute Cassalleaner, morgen radikaler himmelstürmender, strafendemonstrierender Socialdemokrat, übermorgen als Werkzeug der jüdisch-liberalen Wiener Bourgeoispolitiker, mit diesen „pactirend“, um dann auf dem Wege über Paris nach Erfüllung seiner vorrigen Mission zum antiemischen Polizeisocialismus des Hofpfeffers Stöckl sich zu bekehren.

Neuß — Oberwinder — in der That: ein edles Brüderpaar.

### Politische Rundschau. Deutschland.

Gegen die Quittungs- und Frachtbrief-Steuer hat sich auch der Verband sächsischer Gewerbe- und Handwerkervereine, der 132 Vereine mit 26 900 Mitgliedern umfaßt, mit einer Petition an den Reichstag gewandt, welche u. A. ausführt, daß dieser Entwurf eine besondere Erbitterung in den weitesten Kreisen namentlich dadurch hervorgerufen hat, daß er nicht den Großbetrieb und die großen Einkommen, sondern die mittleren und kleinen Betriebe und deren Umläge am schwersten treffen würde. Bei der Großindustrie und dem Großhandel würden in der Hauptsache große Werthbeträge und Massenverfrachtungen durch die Quittungs- und Frachtbrief-Steuer getroffen werden. Der Kleinbetrieb müsse aber mit kleinen Beträgen und kleinen Sendungen rechnen. In der Mehrzahl werden diese kleinen Sendungen aber immerhin einen höheren Frachtbetrag als 1 Mk. und einen höheren Werthbetrag als 20 W. ansprechen, womit die neue Stempelbesteuerung gegeben

Die Sache kam am Donnerstag zur Verhandlung, zu welcher Stadtverordneter Ullstein in Gemeinschaft mit noch 22 Stadtverordneten folgenden Antrag einbrachte:

Die Versammlung lehnt den Antrag Singer ab und ersucht den Magistrat, schleunigst Erhebungen anzustellen darüber, ob die bisher unwiderprochenen Berichte über das Verhalten der Polizei gegenüber den Theilnehmern der am 18. d. M. in der Brauerei Friedrichshain stattgehabten Arbeitslosen-Versammlung geübt worden ist, und ersucht den Magistrat, bei den königl. Staatsbehörden um Erlaß von Maßregeln vorstellig zu werden, welche die Wiederholung solchen Verhaltens unmöglich machen.

Einen noch schwächeren Antrag stellte der Stadtverordnete Schwalbe, dahingehend, die Angelegenheit vorläufig zu vertagen, bis das Resultat der in sichere Aussicht gestellten behördlichen Untersuchung vorliegt.

Die Sache verlief wie das Hornberger Schießen; schließlich wurden alle drei Anträge abgelehnt. Sehr bezeichnend für die Berliner Stadtväter!

Sophia und ihrer Freundin erst nach Rom und später nach Deutschland zu begeben und hier den Rest seiner Tage zu verleben. Doctor Baillie, der sein Kind wohlbehalten wiederwand und ebenfalls Neigung in sich verspürte, den raijischen Sitz von den Füßen zu schütteln, schloß sich ihm an, indem er anfangs seine Bedürfnisse durch Ueberzeugungen und schriftstellerische Arbeiten deckte, später jedoch sich in München als Arzt niederließ. Durch seine Geschicklichkeit und den Auf seiner Erlebnisse erwartete er sich bald eine große Praxis die ihn gestattete, in der zum wieder völlig gerechneten Gelde seinen Kinder eine zweite gute und liebevolle Mutter zuzuführen. Helene, die den guten Doctor schon lange verehrt und liebte, nahm seinen Antrag unter der Bedingung an, daß sie sich nicht von Sophia zu trennen brauche, worauf Baillie gern einwilligte, das Haus Maximilian zu theilen.

Sophias Zustand besserte sich nicht, doch war sie fast lebende Bahnhofsreise, sondern ihre Krankheit bestand in tiefer, unbewusster Schwermuth, die sich von Zeit zu Zeit zu ruhenden Schmerzandrängen steigerte. Dem aber, auch während dieser Anbrüche, blieb die Seele hart und leuchtend, sie sah ihrem Vater und der Freundin auf des Wink, obgleich sie beide nicht erkannte und sich auch ihrer Namen nicht erinnerte. Bei allen Veränden, ihre Erinnerung machenden, blieb sie unbewusst, nur wenn in ihrer Gegenwart der Name ihres Vaters erwähnt wurde, dann gab sie Zeichen lebhafter Erregung und lebte lebhafter als während ihrer Lagen.

Mit Nabella, deren Adresse sie durch Borodin erlangte, stand Helene in regem Briefwechsel. Nabella hatte von ihrem Bruder aus und wird ihn auch nicht verlassen, obwohl sie — das ist das Letzte, was wir von ihr gehört haben — demnach Sibirien vortreibt. Das erweist ein Widerspruch, hat aber doch seine volle Richtigkeit. Nabella geht nämlich als Frau Hauptmann Borodin nach Moskau und ihr Bruder, dessen Begnadigung zu erlangen dem Officier doch noch gelungen ist, wird sie begleiten. Borodin hatte sie angewandt, um ihr Sophias Schicksal mitzutheilen und ihr Verlangen letzte Gehege zu übermitteln, bei dieser Gelegenheit hatte er die junge Felin kennen und lieben gelernt und auch sie nach Moskau an dem sächsischen Hauptmann, dessen weitere Beförderung in hoher Aussicht steht. Die Bekanntschaft über Legation hatte, wie Borodin versprochen, nicht den erwarteten Erfolg. Die Untersuchung wurde zwar eingeleitet, aber nach fünfzehntägiger Dauer aus „Mangel an Beweisen“ eingestellt.

Denn wenn wir nun am Ende unserer Erzählung angelangt. Von dem Mann dem Verlöbter nach zu sagen übrig, das nämlich, daß er lieber Augenblicke erzählt und dem Vater herzlich gern am Schluß die Beschreibung eines glücklichen Ausganges verfaßt hätte. Aber eine lächerliche Darstellung ist kein Roman, wenn die Leser daher die Geschichte, welche man ihnen in obigen Blättern zu schildern bemüht waren, ganz voll und eingehend kennen, so müssen sie dafür die Ver-

halten verantwortlich machen, nicht seinen Willen. Er selbst hätte lieber über weniger peinliche Situationen berichtet und der Leser darf ihm glauben, daß er eher zu wenig als zu viel gesagt hat, obgleich auch so schon die Grenzen des Schauerromanes hart gestreift werden. Letzteres involvirt indessen keinen Vorwurf für den Autor, der nichts dafür kann, wenn die Wahrheit furchtbarer als Dichtung und die Menschheit noch so weit entfernt ist von dem Standpunkt, zu welchem er sie gern erhoben sehen möchte.

**Gvi.**  
 Von Ed. Kabas.  
 (Aus dem Ungarischen von W. Walter.)  
 Vom Verfasser autorisirte Uebersetzung.

(Schluß.)

Vom Salon aus führten einige Thüren in die anliegenden Zimmer, aber alle waren finster. Als ich die Introduction zu spielen begann, glaubte ich im anliegenden Zimmer der Wohnung eine Bewegung zu vernehmen. Aus diesem Grunde sah ich einen Augenblick dahin und nahm wirklich Licht wahr. Ich glaube, ich spielte sehr schön. Eine ungewöhnliche Wärme ergriß mich, die weiche Melodie nahm mich ganz gefangen, und ich hatte das Gefühl, als lebte ich in derselben. Zumeilen umfing mich noch eine süßere Gluth; ich neigte für gewiß an, daß mich



Die Ablehnungsversuche werden übrigens immer schwieriger. Am Mittwoch Abend beschloß eine Versammlung des Berliner „Freisinnigen Arbeitervereins“ nach einem Vortrage des Rechtsanwalts Otto Ebstein und eingehender Discussion, in welcher mehrere Augenzeugen Einzelheiten aus den Vorgängen mittheilten, folgende Resolution:

„Die heutige Protest-Versammlung richtet: Angesichts der von allen Augenzeugen übereinstimmend geschilderten Ausschreitungen der Polizei am 18. d. M. im Friedrichshain an die Stadtverordneten-Versammlung die Auforderung: sie möge in Gemeinschaft mit dem Magistrat bei dem Polizeipräsidenten und eventuell bei dem Minister des Innern vorstellig werden, daß die an jenen Ercessen Schuldigen ihrer Strafe nicht entgehen und daß Vorsorge getroffen werde, daß in Zukunft derartige Maßnahmen der Polizei sich nicht mehr ereignen.“

Ob wohl nun endlich eine Untersuchung in Gang kommen wird?

Das Berliner Stadtverordneten-Collegium verhandelte über socialdemokratische Anträge zur Milderung der Arbeitslosigkeit. Der Ausschuss, welchem die Anträge zur Vorberathung überwiesen wurden, hatte

1) die Forderung des achtstündigen Arbeitstages mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt;

2) diejenige auf möglichst energische Fortführung der städtischen Bauten mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen, das Amendement dagegen: „Dabei nur hierorts angehörige Arbeiter zu berücksichtigen“, mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt;

3) über den Antrag auf Vermehrung der Arbeitskräfte für die Straßenreinigung, in Erwägung, daß die Zeitabschnitte, in welchen die Reinigung der Straßen und Plätze erfolgt, berechtigten Ansprüchen genügen und es nicht unbedenklich erscheint, nur zum Zweck der Beschäftigung Arbeitsloser nicht erforderliche Arbeiten ausführen zu lassen, war zur Tagesordnung übergegangen;

4) der Antrag auf Erhöhung der Armen- und Pflegegelder wurde mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt, desgleichen die Fixirung einer bestimmten Summe von Mk. 500 000 oder Mk. 400 000 für die Ueberschreitung der bezüglichen Statspositionen und dafür folgender Beschluß gefaßt: „Die Versammlung ermächtigt den Magistrat, soweit etwa besondere Bedürfnisse hervortreten, den Etat der Armen-Verwaltung und die üblichen Unterstützungssätze zu überschreiten.“

5) der Antrag, daß der Magistrat der Versammlung über die zur Ausführung der obigen Beschlüsse getroffenen Maßnahmen in entsprechenden Zeiträumen Mittheilung machen soll, wurde angenommen.

Den Antrag Kalisch, den Magistrat zu eruchen, derart Vorkehrungen zu treffen, daß vor Beginn des nächsten Winters Wärmehallen in passenden Gegenden eingerichtet sind, hatte der Ausschuss zur Zeit abzulehnen empfohlen.

Nach einer langen, zeitweilig recht lebhaften Debatte wurden die Ausschussanträge genehmigt. Die Berliner Stadtverwaltung ist also auch heute noch nicht zu der Einsicht bekehrt, daß etwas Wirkungsvolles zur Bekämpfung der Noth der Arbeitslosen geschehen müsse.

das Mädchen in diesen Augenblicken anblickte. Dann begann das Clavier plötzlich tief und traurig zu summen, der Geigenton wand sich dazwischen gleich einer Kletterpflanze, und die beiden Töne verschmolzen nun vollends. Der Salon war erfüllt davon. Durch das offene Fenster berührte mich ein kühl's Lüftchen und mir war es, als ob liebliche Mädchenfinger mich streichelten. Die Luft eritterte von den Klängen und ich fühlte, daß die Erde unter meinen Füßen wankte. Meine Phantasie legann sich zu regen, ich sah das kranke Kind, die lockenden Ellen, hörte deutlich ihren Gesang, schwärmte mit den Kindern, theilte die Verzweiflung mit der Mutter und schwebte . . .

Einen Augenblick lang schien es mir, als ob in der Ferne des Mädchens Mutter gesungen hätte: „Io nulla rego, calmati non odo voce alcuna“ . . .

Wir gelangten zum Schluß.

Und plötzlich erlosch das elektrische Licht: als wenn die ganze Welt im Dunkeln zu tanzen begonnen hätte; irgend ein leidenschaftlich's Lied erbigte mich, jetzt vernahm ich schon deutlicher den Gesang der Bantiersfrau und ich empfand plötzlich, daß mein Gesicht glühte, daß ich durch und durch in Feuer und Flamme war: das Mädchen mit feirem strohfarbenen Haar und dem berausenden Duft hing an meinem Hals, sein warmer Athem küßte meine Wangen, und ich hörte eine flüsternde Stimme: „Gott wollte es so, ich liebe Sie.“

Mit ungestüher, leidenschaftlicher Wollust sog ich an ihren Lippen.

In Folge des Bismard-Rummel scheint die „nationale“ Presse complect verrückt geworden zu sein. Schwere Bedenken hegen wir in Bezug auf den geistigen Zustand einiger unserer Collegeninnen. Da ist zunächst die „Rhein-Westf. Zeitung“, die ein Astrofichon veröffentlicht, in dem es heißt:

„Bis hierher und nicht weiter  
Ihr Reichsverberber  
Sollt Liebe Ihr heucheln dem Kaiser, ultra-  
Montane Zivergengelster!  
Nus ist das Spiel das freule, verwegene, der  
Niese steht wieder beim Thron zc.“

Auch auf der Redaction der „National-Zeitung“ scheint ein toller Taumel zu herrschen. Das „national-liberale“ Blatt schreibt:

„Und nun kam der Wagen durchs Brandenburger Thor. Allzu schnell trabten die Kürassire, allzu schnell rollte der leider geschlossene Wagen vorüber, aber was that's schließlich: man war zufrieden, man konnte daheim berichten, er war da, und wenn man auch nur einen Zipfel seines Mantels gesehen, es hatte sich gelohnt, Stunden lang seiner zu harren.“

Nun, der „Nat.-Zeitung“ kann geholfen werden: vielleicht t wird t sie sich an den Fürsten; er wird nicht verfehlen, ihr zum Lohn für die brave Gesinnung, die sie an den Tag legt, einen abgelegten Mantel zu überlassen, bei dessen Anblick sie sich auch fürderhin in den Zustand wilder Begeisterung versetzen kann.

Keine Wahlreform in Braunschweig. Die nun im Worte vorliegende Thronrede, mit der der braunschweigische Landtag eröffnet, zählt die wichtigsten Gesetzentwürfe auf und zwar die

eines Gesetzes, die Verwaltungsrechtspflege betreffend, eines die Interessen des Eigenthümers in Expropriationsfällen bei sofortiger Besitzentziehung vollständiger als bisher währenden Gesetzes,

eines das gerichtliche Depositenwesen betreffenden Gesetzes,

eines in Ergänzung der Städte- und Landgemeindeförderung zu erlassenden Gesetzes, die Realgenossenschaften betreffend, endlich

eines das Gesetz über die Ausbringung der Parochialtaulen in den Landgemeinden abändernden Gesetzes.

Ein Entwurf, das unerhört elende Wahlgesetz zu ändern, findet sich nicht in den Vorlagen der braunschweigischen Regierung.

Stöcker hat's Wort. Im „Rein deutscher (antifemirischer) Studenten“ sprach vorgestern der frühere Hsprediger. Aus seiner Rede ist hervorgehoben folgende Bemerkung: „. . . Die Socialdemokraten werden der deutschen Jugend noch manche Nuß zu knacken, manche Aufgabe zu lösen geben, denn ich sehe, wie selbst edle Geister von hohem Fluge unter den deutschen Jünglingen Socialdemokraten werden, dann wird mir doch ein wenig bange.“ Die Zahl der edlen „Geister“ wird sich mehren von Tag zu Tag, so daß dem Stöcker angst und bange werden wird.

Ein weißer Hase scheint der Graf Kesselrode-Chreshofen (Rheinprovinz) zu sein. Er hat in Anbetracht des schlechten Jahres für die Landwirthschaft seinen sämtlichen Pächtern ein Viertel des Pachtzinses nachgelassen, einigen sogar die Hälfte. Die Pacht wird hoffentlich hoch genug gewesen sein, so daß der Herr Graf dadurch keine Noth gelitten haben wird. Im übrigen registriren wir den Fall nur, um anzudeuten: Es giebt keine Regel ohne Ausnahme.

„Eui! Eui!“  
„Ich liebe Sie!“  
Die Wonne und der Taumel verleihen dem Menschen keine Flügel, denn dann wären wir gewiß in jenem Augenblick davongeflogen. So wie ich diese Weise festhielt, so versuchen nicht mal verzweifelte Kinder die entfliehende Seele eines ihnen theuren Kranken festzubalten. Eine verzehrende Gluth lief meinen ganzen Körper entlang und plötzlich, als wäre sie in einen Eiskeller verschwunden, war ich wieder ganz kalt. Das elektrische Licht leuchtete von Neuem, in der Thür erblickte ich Kinder, vor mir aber stand mit blutunterlaufenen Augen der — Vater des Mädchens.

Werde ich mich denn niemals von diesem Thor hier entfernen? Gerade gegenüber ist ihr Haus. Jetzt schlafen sie gewiß. Wenn ich aber etwa annähme, daß da oben unglückliche Menschen wohnen, die nach mir Verlangen haben, oder mich verfluchen, dann wäre ich fürchtbar dumm. Das da oben sind ja keine Menschen, das sind Geldprogen!

Besser, wenn ich mich fortpacke . . .

Siehe da, man hat mich herausgepeitscht und doch graut der Morgen; häßlich und kalt zwar, einem alten Weibe gleich, aber er graut . . . Nun werde ich nach Hause gehen und zwei Tage nicht die Anstalt besuchen, keinen Vortrag halten. Mit der Schmarre im Gesicht kann ich mich ja unmöglich den Rangen zeigen . . .

Obgleich? Sie könnten ja auch glauben, daß ich einen Zweikampf ausgefochten.

Ein Gebändniß. Im Finanzansatz zu München theilte der von Berlin zurückgekehrte Finanzminister mit, die Weinsteuer sei so gut wie verloren, für die Tabakfabriksteuer habe er noch einige Hoffnung. Wenn die Wein- und Tabakfabriksteuer fielen, komme die Biersteuer. Dann sei für das nächste Budget die Erhöhung der directen Steuer unausbleiblich. Der Minister verlas den Brief eines Pfälzer Tabakbauern, der besagt, die Tabakbauern würd'n noch auf den Knien nach Berlin rutschen, um die Fabriksteuer zu erbitten.

Düsseldorf, 26. Januar. Die Antwort eines Oberbürgermeisters an einen Bürger! Die in einer Arbeitslosen-Versammlung gewählte Commission hatte an den Herrn Oberbürgermeister bezw. das hiesige Stadtverordneten-Collegium den Antrag gerichtet, zu Gunsten der Arbeitslosen städtische Arbeiten in Angriff zu nehmen. Der Antrag wurde durch folgendes Schreiben erledigt:

An  
Herrn D. Bartels  
Hier.  
Friedrichstr. 140.

Düsseldorf, 21. Januar 1894.  
Auf die gefällige Eingabe ohne Datum, hier eingegangen am 12. Januar cr., bezeichne ich Sie, daß es einer Beschlußfassung der Stadtverordneten-Versammlung über die Inangriffnahme städtischer Arbeiten nicht bedarf. Wenn Sie Arbeit wünschen, wollen Sie sich auf Zimmer Nr. 14 im Rathshause melden; ich werde mich, falls die demnächst anzustellenden Ermittlungen ergeben, daß Sie wirklich der öffentlichen Fürsorge bedürfen, bemühen, Ihnen Arbeit nachzuweisen.

Der Oberbürgermeister:  
Eindemann.

Wirklich kläglich! Wer also Arbeit wünscht, melde sich nur auf Zimmer Nr. 14, wo er sich nur einer hochnothpeinlichen Untersuchung insoweit unterziehen muß, ob er auch der Ehre oberbürgermeisterlicher Fürsorge würdig befunden wird. Heute mit bösem Gewissen werden rausgeschmissen! Damit ist aber die Sache nicht erledigt. Der Adressat, an den das oberbürgermeisterliche Schreiben gerichtet ist, hat im Namen einer großen Anzahl von Arbeitslosen und anderer städtischer Bürger, im Vertrauen darauf, daß die Stadtverordneten-Versammlung, wenn auch nicht von der Mehrzahl der Bürger Düsseldorf's gewählt, eine städtische Volksvertretung darstellen will, den von seinen Auftraggebern formulirten Antrag eingebracht. Eine solche Abfertigung aber, wie sie ihm wurde, scheint eher alles andere zu beweisen, nur kein geordnetes Verhältnis, wie es zwischen den Bürgern einer Stadt und deren Vertretung im Stadtparlament bestehen soll. Hätten die Wahlen zu der Stadtverordnetenversammlung nicht ihr Fundament im Geldsack, würden auch Männer aus dem Volke in dieselbe gewählt werden, so würde ein aus der Bürgerschaft gestellter Antrag nicht auf diese Weise abgefertigt werden.

**Ausland.**

**Oesterreich-Ungarn.**

Censurbliithen. Die neueste Nummer der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ trägt an der Stirne wieder den gewöhnlichen Stempel: „Nach der Confiscation zweite Auflage.“ Da hat der Romiker Censor wieder einmal folgende Blüthen gezeitigt: „Die Pariser Geschworenen haben Baillant — Confiscirt! — — — — — Confiscirt!! sie Baillants erntet. Vom Proceß gegen die Dmladina. Nun ist es begreiflich, Confiscirt! — — — — — Confiscirt! bringen werde. — In der Nummer 2 der Wiener „Volkstribüne“ finden wir folgendes: „Der

Die in Morgendämmerung liegende Hauptstadt regt sich. Jetzt will ich aber wirklich gehen, doch siehe, die Thorflügel ihres Palais öffnen sich. Wagengerassel ist hörbar und bald darauf kommt ihr Wagen zum Vorschein, und darin — darin sitzt der Peitschenheld und seine Tochter. Man bringt sie fort. Ich höre, wie der Bankier dem Kutscher zuruft: „Zum Bahnhof.“

Schrecklich große Lust hätte ich, ihnen nachzuschreien: „Eui! Eui!“ Aber der Wagen verschwindet rasch an der Straßenbiegung. Man hat sie mir geraubt! Bringt sie weit fort! Oh, die Glenden! die Glenden! Man bringt sie fort, um ihr eine „bessere Erziehung“ zu geben. So wie die Brust des Weibes von Sparta verstümmelt worden, damit sie einen Schild tragen könne, gerade so rottet Ihr Eurer Töchter Herzen aus, daß ihnen nichts Schmerz verursache! Nicht den Grund des Schmerzes, sondern die Möglichkeit, einen solchen zu empfinden, vernichtet Ihr! Bringet sie weit fort, machet sie stumpfsinnig und empfindlos, und so Gott will, wird sie kein Herz besitzen, wird weder zu lieben noch zu hassen vermögen! Eine Fuppe wird sie werden, und ihr könnt sie dann nach Willkür an den Mann bringen! O, Ihr Glenden . . .

„Eui!“

Diese blöden Menschen lachen mich so unanständig an, als fühlten sie gar nicht, daß man jetzt ein Herz entführt, um dasselbe zu tödten.



Staatsanwalt ist wieder — — „Confiscirt.“ — In einem Versammlungsbericht der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ heißt es: „Genosse Huber — — — (Beifall.)“ — „Dr. Adler: Genossen! Ich glaube, eine der besten Reden, die heute hier gehalten wurden — — — (Beifall.)“

**Belgien.**

Der Kampf mit geistigen Knüppeln, wie ihn die Jötraut und andere deutsche Patrioten gelehrt, blüht auch in Belgien. Eine Gesellschaft von Socialisten, die vorigen Sonntag von Courtray auf ein benachbartes Dorf ging, um Flugblätter zu verbreiten und sonst Propaganda zu machen, wurde von einem, durch den Pfarrer (Vicar) fanatisierten Haufen überfallen, und da die Dorfpolizei mit den Angreifern zusammenging, trotz kräftigster Gegenwehr so übel zugerichtet, daß mehrere unserer Genossen schwere Wunden davontrugen und einer voraussichtlich das Leben verlieren wird. Klage ist eingereicht. Aber — ?

**Frankreich.**

Die Enthüllungen Clemenceau's über den Zustand der französischen Kriegsstotte werden immer sensationeller. Jetzt hat er — wiederum an der Hand amtlicher Actenstücke — den Beweis geliefert, daß in keinem der Magazine der vorschriftsmäßige eiserne Bestand von Vorräthen aller Art vorhanden ist, und daß auch in keinem Magazin — die Vorräthe an Bord der Schiffe mit eingerechnet — derjenige Vorrath vorhanden ist, den die amtlichen Angaben als vorhanden bezeichnen. Der Scandal ist ungeheuer; es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß verschiedene hohe Herren ein bequemes Panama im Land — oder richtiger im Wasser gefunden haben. Die Regierung ist außer sich, sie hat eine außerparlamentarische Untersuchung angeordnet, gerade wie nach dem ersten Auftauchen des Panamascandals. Allein das genügt nicht. Auch in diesem Falle kann erst durch eine parlamentarische, im Licht der Öffentlichkeit stattfindende Untersuchung die Wahrheit ans Licht gebracht werden. Verschiedene Blätter verlangen, daß Clemenceau, weil er Staatsgeheimnisse verrathen, in Anklagestand versetzt werde. Das sind offenbar die Organe von Leuten, die ein böses Gewissen haben. Clemenceau hat jetzt seine Rache an den Kollegen, die ihn einst im Panamajumpf hängen sahen — er hat die Rollen gewechselt, und wird bald als Rehabilitirter, das heißt mit wieder zusammengewickeltem Kopf in der Kammer sitzen.

Zum Schutze der französischen Gewerkschaften hat, wie man aus Paris schreibt, die socialistische Fraction eine bereits früher von der Kammer votirte, aber vom Senat zurückgewiesene Gesetzesvorlage auf's Neue angenommen und durch den Abgeordneten Sembat einbringen lassen. Dem Art. 2 des Syndicatsgesetzes vom 21. März 1884 zu Folge können nämlich nur diejenigen einer Berufs-genossenschaft (Gewerkschaft) beitreten, die ihren Beruf thatsächlich ausüben. Da aber unter solchen Umständen große Gewerkschaften oder gar Gewerkschaftsverbände unmöglich sind, da sie mindestens einer Person in der Leitung bedürfen, die sich ausschließlich mit den Gewerkschaftsangelegenheiten zu befassen hat, ja der Bestand der Gewerkschaften dadurch geradezu von dem Belieben der Unternehmer abhängt, weil diese nur die jetztigen Arbeiter arbeitslos zu machen brauchen, wurde am 2. Juni 1891 von dem damaligen Justizminister Fallières auf Drängen der Arbeiterschaft ein Gesetzentwurf vorgelegt, wonach alle Personen, vorausgesetzt, daß sie mindestens 5 Jahre in ihrem Berufe thätig waren und denselben seit nicht mehr als zehn Jahren verlassen haben, berechtigt sind, Gewerkschaften zu bilden, bezw. denselben als Mitglieder anzugehören. Obwohl von der Kammer mit großer Majorität angenommen, wurde der Entwurf dennoch vom Senat abgelehnt. Eine Folge davon war, daß u. A. erst jüngst zwei Mitglieder der Gewerkschaft der Druckmaschinen von Bordeaux vom dortigen Gericht verurtheilt wurden, weil sie, trotzdem sie beim jüngsten Parlaamentarischen von der Compagnie entlassen worden sind, noch immer im Verbandscomité dieser Gewerkschaft verblieben. Da nun solchen empörenden Urtheilsprüche die Rechtsbehelfe zu nehmen, hat eben die socialistische Fraction die Abänderung des Syndicatsgesetzes in dem oben angegebenen Sinne beantragt. Ob der Gesetzentwurf diesmal von größerem Erfolge begleitet sein wird, das bleibt allerdings noch dahingestellt.

**Spanien.**

Der Democritus wird telegraphirt:

Auf den hiesigen Stabsgouverneur wurde, als er aus seinem Hause heraustrat, ein Revolvergeschuß abgegeben, welcher ihn am Kopfe verwundete.

Der Attentäter wird natürlich zum Anarchisten gestempelt.

**Serbien.**

Aus Belgrad wird telegraphirt:

Der radikale Club hat eine von 106 Abgeordneten der Stupschina unterzeichnete Erklärung erlassen, in welcher die Anwesenheit des Vaters des Königs als Bruch des Ehrenwortes und als Gesehwidrigkeit bezeichnet wird. Ferner wird in der Erklärung gegen jede Theilnahme des Königs Milau an Staatsgeschäften als verfassungswidrig protestirt, ebenso wie gegen sein Verbleiben im Lande. Die gegenwärtige Regierung wird für alle Folgen der etwaigen Beeinflussung des Staatsgerichtshofes oder der Einstellung der Thätigkeit desselben verantwortlich gemacht; schließlich wird erklärt, daß die radikalen Abgeordneten in ihrer bisherigen Haltung auszuharren entschlossen seien.

Aus Belgrad verlautet noch, daß die dort anwesenden bäuerlichen Abgeordneten von dem Stadtprefecten, Oberstlieutenant Mihajlovitsch, die Weisung erhielten, die Residenz binnen 24 Stunden zu verlassen; die meisten sind heute früh abgereist.

Der Bankrott Serbiens scheint schon offen zugestanden zu werden. Man will nämlich einem auswärtigen Finanzmann die Leitung der serbischen Finanzen übertragen. Das sieht der Controle der Staatsfinanzen, wie sie in Aegypten durchgeführt ist, sehr ähnlich.

**Bulgarien.**

Aus Sofia meldet der Draht der „Bosnischen Zeitung“: Der Proceß gegen den Attentäter Swanow ist wider Erwarten sehr bedeutsam, da der Anklageact hochwichtige Enthüllungen bringt und unter anderem anführt, daß der Emigrant Tufekschiew 1892 1000 Rubel erhielt, damit er den Fürsten Ferdinand während einer Reise nach London ermorde. Verschiedene größere Beiträge wurden für den Ankauf von Bomben gegeben. Die Anklage stellt fest, daß bulgarische Emigranten in Serbien unter dem Ministerium Paschtsch dieselben Unterjügungen bezogen, wie die Flüchtlinge in Rußland. Swanow selbst bezog wie alle Emigranten 30 Rubel.

**Arbeiterbewegung.**

Der nächste internationale Bergarbeiter-Congreß wird die Woche nach Pfingsten in Berlin stattfinden. Auf dem letzten internationalen Kohlenarbeiter-Congreß wurde auf Antrag der deutschen Delegirten der Beschluß gefaßt, den Congreß für 1894 in Berlin, oder falls sich dort Hindernisse entgegenstellen, in Paris tagen zu lassen. Nach reiflicher Erwägung der Verhältnisse haben die Vertreter der deutschen Kohlenarbeiter nun fest ihr Urtheil endgültig dahin abgegeben, daß seitens der Behörden — und an andere Hindernisse war nicht gedacht worden — aller Voraussicht nach dem Congreß keine Schwierigkeiten würden bereitet werden und daß also an Berlin festgehalten sei. Dieser Beschluß wurde vorige Woche dem englischen Gewerkschafts-Comité, an dessen Spitze das Parlamentarische Mitglied Picard steht, mitgetheilt, und der Beschluß wird demgemäß, wie aus Mittheilung wird, den nächsten internationalen Bergarbeiter-Congreß zu Pfingsten nach Berlin einberufen.

Die Berliner Arbeiter werden es sich zur Ehre rechnen dem ersten internationalen Arbeitercongreß, der auf deutschem Boden tagt, einen würdigen Empfang, herzliche Aufnahme, und allen möglichen Beistand zu leisten.

**Deutscher Reichstag.**

Original-Berichte der „Volkswehr“.

**2. Sitzung.**

Montag, den 29. Januar — 1894.

Die Erklärung, betreffend die Verlängerung des Handelsvertrages zwischen dem Reich und Spanien bis 31. März dieses Jahres, wurde in gleicher Fassung angenommen und damit an die erste Commission des Gesetzes-Entwurfs betreffend die Verlängerung des Handelsvertrages zwischen dem Reich und Spanien übergeben. Staatsminister Graf Bismarck: Dem vorstehenden Regierungsrath ist schon mitgeteilt, daß die Verlängerung dieser Fassung immer an der Commission zurückgegeben werden ist. Es grüßte das mit dem Reich und Spanien. Aber die Commission hat sich nicht mit dem Reich und Spanien abgegeben, sondern hat die Verlängerung der Fassung zurückgegeben. Die Commission hat sich nicht mit dem Reich und Spanien abgegeben, sondern hat die Verlängerung der Fassung zurückgegeben. Die Commission hat sich nicht mit dem Reich und Spanien abgegeben, sondern hat die Verlängerung der Fassung zurückgegeben.

aus vorgeschlagenen Wege nicht. Ein Theil will aus Vbrsensteuer mehr herauschlagen. Auch die Regierung wollen das ja, aber man darf doch auch nicht den Ra umhaden, um die Früchte zu erlangen. Ein anderer Theil will eine Wehrsteuer. Aber wir können doch nicht die Wehr und Laube und noch dazu Leute aus den ärmsten Ständen besteuern, weil sie nicht wehrfähig sind. Auch würde der Ertrag der Steuer ein zu minimaler sein. Dann man auch von der Aufhebung der Liebesgabe gesprochen. Aber mit Recht hat schon neulich der preussische Landwirthschaftsminister darauf hingewiesen, wie der Ertrag der Domänenpachten zurückgegangen sei. Doch ich habe noch einen deutlicheren Beweis für die schlechte Lage der Landwirtschaft hinzuweisen. Ein Mann, der, wäre er hier, sich auf der linken Seite des Hauses sitzen würde, hat über die Lage der Grundbesitzer in seinem Kreise eine Ausstellung gemacht, welche sehr traurig lautet. (Medner giebt hierauf eine Reihe Ziffern ohne Namen zu nennen.) Auch ein Insuperatensteuer stehen Bedenken im Wege, man würde sofort mit dem Einwande kommen, wir besteuerten die arme Wittwe, die Zimmer vernichten will und dergl. mel. Auch eine Biersteuer empfahl man. Aber diese würde wonnamentlich bei den Herren in Bayern scharfe Gegenfinden. Veklere würden auch sicher bei einer Tabaksteuer ein besseres Geschäft machen. Man hat ja gesagt, die, die wir mit unseren Steuern treffen wollten, seien ganz patriotische Leute, die wir durch die Steuern unzufrieden machen würden. Dieselben würden Socialdemokraten werden. Das scheint mir doch ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, und den Socialdemokraten müßte dabei das Herz im Verbe lachen. — Wir wollen mit unserer Finanzreform eine feste Relation zwischen Matricula beiträgen und Ueberweisungen, und dem Schwanken in den Einnahmen und Ausgaben der Einzelstaaten ein Ende machen; auch einen Reservefonds bilden für magere Jahre und bewegliche Zuschläge zu den Verbrauchssteuern, eventuelle auch zu der Zölle, einführen. Trostdem beklagen gerade die das illusorisch werden der clausula Frandenstein, welche sich einst bekämpft haben. Wir wollen ja auch diese clausula nicht beibehalten, sondern nur ihre Erträge pauschalieren. Man hat auch von einer societas le-nas gesprochen, aber ich glaube doch, die Minister der Einzelstaaten sind nicht so hynlos, daß sie der Abfindung mit 40 Millionen jährlich zugestimmt hätten, wenn sie dabei zu schlecht führen. Man hat bei uns auch den diabolischen Hintergedanken vermuthet, wir wollten hier nicht für die Einzelstaaten sorgen, sondern nur der Reichs-Regierung eine Schatzkammer, einen Julussturm, beschaffen. Aber das Palladium des Budgetrechts liegt nicht in der Einnahmeverwilligung, sondern in der Ausgabe-Bewilligung! Für viel wichtiger, als diese Reform, hat man ferner einen Reichs-Finanzminister erklärt. Das wäre ja ganz erwünscht. Denn etwas ganz besonderes hat die Reichsfinanzverwaltung. Aber gegenüber dem verantwortlichen Reichsfinanzminister ist doch ein verantwortliches Reichsfinanzministerium unausführbar. Das, was Sie jauf dem formellen Wege des Reichsfinanzministers erziehen, sollten Sie deshalb lieber auf dem sachlichen Wege dieser Finanzreform verfolgen! Gerade in dieser Reform liegt eine Stärkung des Reichsfinanzwesens, eine größere Stärkung, als auf dem Wege eines Reichsfinanzministeriums. Die Regierung ist der Ansicht, daß diese Finanzreform eine nicht gesetzgeberische Maßregel ist und ein nothwendiger Regulator für die Reichsfinanzen.

Abg. Lieber (Centrum): Namens meiner Fraction habe ich zu erklären: Meine Freunde sehen nach wie vor auf dem Boden der Frandensteinischen Clauel und halten es für dringend erwünscht, daß dieselbe nicht nur wegen ihrer großen Bedeutung für das Reich und Reichstag, sondern auch wegen ihrer finanzpolitischen Bedeutung für die einzelnen Staaten erhalten bleibt. Wir verkennen zwar nicht, daß die Finanzreform in dem Streben, den Einzelstaaten überschießende Ueberweisungen zu gewährleisten, sich in der Richtung der Frandensteinischen Clauel bewegt. Allein wir haben ernsthafte Bedenken gegen wesentliche Einzelbestimmungen der Vorlage und halten den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet zur Durchführung einer solchen Reform. Die hier vorgelegte Finanzreform kann nicht ohne eine wesentliche Erhöhung der indirecten Steuern stattfinden. Eine solche aber bei dem Darniederliegen der Erwerbs-Verhältnisse weiter Volkstheile in allen Erwerbszweigen, ganz besonders der Landwirtschaft, einzuführen, wäre sehr bedenklich, besonders da schon die Ausbringung der für die Militärvorlage nothwendigen Kosten, welche gegen unsere Stimmen bewilligt worden ist, äußerst schwer erscheint, und auch die zur Durchführung der Vorlage vorgeschlagenen Steuern in der Hauptache als nicht geeignet erscheinen. Sollte eine Commissionsberatung vorge schlagen werden, so würden wir uns, der feststehenden Uebung des Reichstages entsprechend, nicht ablehnend verhalten. — Hiermit schließt die von dem Redner verlesene Erklärung.

Medner giebt dann noch für die verlesene Erklärung eine Erläuterung nach seiner persönlichen Auffassung. Der Frandenstein von Frandenstein und Quene seien wiederholt die Matricula beiträge als die hauptsächlichste föderative Einnahme des Reiches bezeichnet worden. Für die Reichsfinanzreform erklärt sich Medner, doch gegen Aufhebung der Frandensteinischen Clauel; es sei nicht abzusehen, wohin die Erhöhung unserer Verfassungslebens führen würde, wenn man heute letzten Herzens die Frandensteinische Clauel aufheben wollte. Es ist auffällig, wie wenig Bedeutung der Frandenstein Clauel heute im politischen Leben beilegt, trotzdem derselbe den Einzelstaaten Ueberweisungen im Betrage von 24 Millionen gebracht hat, wovon nach Abzug der Matricula beiträge noch immer 240 Millionen Reichsmark übrig bleiben. Die Frandensteinische Clauel ist durchaus berechtigt, wenn man die verschiedenen Regierungen und dem Reichstag, wie er vom kaiserlichen Reichstag damals bekämpft worden, aber wurde damals von dem Centrum die Erklärung abgegeben, daß ohne die Frandensteinische Clauel die damalige Finanzvorlage der Regierung unannehmbar gewesen wäre. Auch sollte die Bedeutung dieser Clauel nicht etwa erschätzt werden mit der Ausgleichung der Matricula beiträge durch die Matricula beiträge des Reiches; das ist durch Richter, den Frandenstein, vom Reichstag u. A. hier wiederholt worden. Die Frandensteinische Clauel hat also nicht



und diese darf nicht unterschätzt werden Angesichts des Bestrebens, jetzt die directen Steuern in den Einzelstaaten parter zu entwickeln, nachdem die indirecten Steuern im Reich auf etwa 600 Millionen jährlich angewachsen sind. Wir müssen also erwarten, daß die directen Steuern in den Einzelstaaten stärker entwickelt werden, bevor mit der Reichssteuer-Reform vorgegangen werden kann. Auch müssen wir abwarten, ob die hoffnungsvolle Hebung der Erwerbsverhältnisse, die begonnen hat, eine dauernde sein wird. Bei der theils berechtigten, theils durch unberechtigte Agitation künstlich erzeugten Mißstimmung in der Bevölkerung können wir zur Zeit einer Reform, die auf Labat- und Wein-Steuererhöhung verläßt, nicht zustimmen. Der Weinsteuer am wenigsten, nach den Erklärungen des Herrn von Wittmann. Im Reichshaushalt werden wir nach Möglichkeit größere Abstände machen und mit der vielfach angeforderten Sparmaßnahme ernstlich beginnen. Einer Reform auf fünf Jahre würden wir nicht zustimmen (Sehr richtig!) sondern eine dauernde Reform verlangen.

Abg. Rickert (fr. Vp.) Auch ich bin ein Gegner dieser Vorlage. Die eben gehörte Rede wird dem preussischen Finanzminister zu denken geben und ihn vielleicht zurückbringen von der sehr zweckmäßigen Stellung die er mir gegenüber im Abgeordnetenhaus einnahm. Graf Limburg hat uns dort versprochen, er wolle der opulanten Wirtschaft im Reich entgegen treten. Nun, da wir schon wir unter Ihnen! (Hura!) Ich höre, Graf Limburg ist aus der Budget-Commission ausgeschieden. Das ist schade, wer soll denn nun in seine Zustapfen treten. Die Regierung hätte diese Steuervorlagen nicht einbringen sollen, denn sie konnte, so gut wie wir, wissen, daß sie dafür keine Mehrheit im Hause findet; sie hat damit einen schweren politischen Fehler begangen, der sich bitter rächen wird. Ich will jetzt keine Steuerreform. In die Aufhebung der Matritularbeiträge werden wir nicht eger willigen, bis wir das constitutionelle wichtige Moment der Beweglichkeit der Steuern erreicht haben. Gehen wir auf die Vorlage ein, so sind die Matritularbeiträge in fünf Jahren verjähren. Die Vorlage ist eigentlich schon erledigt, eine Commissionsberathung wäre eine überflüssige Höflichkeit. Wir können die Vorlage gemeinsam mit den anderen Steuervorlagen in zweiter Lesung erledigen. Was die Zustände in den Einzelstaaten anbelangt, so ist ja allerdings in Preußen ein rechnerisches Deficit vorhanden; dort ist Herr Viquet der von der „Streuzzeitung“ getriebene Held der Agrarier. Wer hätte das vor 10 Jahren für möglich gehalten? Warum sollen wir die Verbesserung der Breiter nicht aufheben können? Die ganze Landwirtschaft hat doch kein Interesse an dieser Verbesserung. Wegen einer landwirtschaftlichen Enquete haben wir nichts; das müssen die Erhebungen unparteiisch und sachkundig sein. Die Mittel dazu will ich gern bewilligen. Die Vorlage ist finanztechnisch, constitutionell und aus anderen Gründen unannehmbar. Die Kosten der Militärvorlage dürfen mit der Steuerreform nicht verquittet werden, es ist eine Ehrenpflicht der wohlhabenden Leute, die Steuer zu tragen, zu der sie sich freiwillig verpflichtet haben.

Minister Viquet: Herr Rickert sagt, die Vorlage ist todt; aber wozu denn seine Rede? Er wird es nicht unglücklich finden, wenn ich die Autorität der deutschen Finanzminister höher stelle, als die seinige. Ich bin bereit, Herrn Rickert privatim und vertraulich die Leute namhaft zu machen, mit denen ich Fühlung über die Weinsteuer zu bekommen wüßte und die nur die Weinsteuer als Luxussteuer empfahlen. Jetzt natürlich, wo man die Winger mobil gemacht hat, nimmt Alles gegen die Weinsteuer. Wie lange sollen wir mit der Reichssteuer-Reform noch warten? Und warum sollen denn die Einzelstaaten, die ihre Steuerreform beendet haben, nun noch auf die Reichssteuer-Reform warten? Die verbündeten Regierungen verstehen nicht, daß der augenblickliche Zeitpunkt ungünstig gewählt ist; aber wer sagt uns, daß die heutigen Verhältnisse sich so leicht bessern werden? Ich habe bedauert, daß die Reform nicht in der Zeit der großen Ueberweigungen in Angriff genommen ist; es ist zu erwarten, daß die Lage sich eher verschimmern als verbessern wird und die Gegner der Reform werden später ihre ablehnende Haltung bedauern. In der Zwischenzeit aber werden sich die Matritularbeiträge ganz erheblich steigern; der Reichstag decretirt die Ausgaben und die Einzelstaaten haben die Einnahmen zu bewilligen. Auf diese Weise wird auch ohne Weiteres die Grandensteinsche Clausel bereinigt, denn sie verschwindet von selbst, sobald dauernd die Ueberweigungen nicht mehr erfolgen können. Gerade von den verbündeten Regierungen ist der Gedanke der Grandensteinschen Clausel in der Reform aufrecht erhalten worden, indem die Matritularumlagen zu den Einnahmen in ein festes Verhältnis gestellt wurden. Auch das Moderativ-Prinzip ist bei der Reichssteuer-Reform gewahrt, denn jeder Einzelstaat hat zunächst nur für seine Ausgaben zu sorgen. Steuern auf Vorrath möchte ich nicht; aber schlimmer als Steuern auf Vorrath sind die Matritularbeiträge. Auf diese Ausgaben des Reiches zu stellen, ist ein geradezu antiliberaler Zustand, auf den dauernd die Verhältnisse des Reiches nicht gestellt werden können. Die Einzelstaaten werden in ihren Finanzen schwer beeinträchtigt. Gerade die verbündeten Regierungen tragen der öffentlichen Mißstimmung Rechnung; diese Mißstimmung wird noch größer werden, wenn die schweren Schäden in der Folge sich zeigen werden. Die Vorlage wird, wenn sie heute abgelehnt wird, später angenommen werden müssen, denn sie ist eine politische und finanzielle Nothwendigkeit. Um die Form der Auseinanderlegung kümmern wir uns nicht. Sie werden uns nach dieser Richtung entgegenkommend finden. Aus den Ueberweigungen sind in den Einzelstaaten mancherlei Bedürfnisse befriedigt. Wie soll das in Zukunft werden, wenn die Ueberweigungen verringert werden oder ganz fortfallen? Wie wird sich da das Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten gestalten? Wir können doch nicht auf Theorien uns berufen, wir leben doch in einer realen, praktischen Welt! Wir verlangen auch keine Steuern auf Vorrath. Erfüllt das Reich alle Verpflichtungen, die ihm obliegen, so bleibt nichts von der Mehr-Einnahme übrig, die wir verlangen. Die Forderung directer Steuer im Reich steht auf dem Papier recht gut aus, ist aber nichts als ein verblühtes Klein. Man wünscht einen beweglichen Factor in der Einnahme-Bewilligung; aber wie soll der gestaltet sein? Eine Erb-

schleichlich, friedlich! Die Vorlage wird erkommen, ein späterer Reichstag wird die Vorlage vielleicht selbst fordern. (Rufe: Wollen Sie doch auf!)

Abg. Graf Limburg-Sturum (dc.) richtet an das Centrum die Frage: Welches sind denn die Zwecke der Grandensteinschen Clausel? Doch wahrlich nicht, die Einzelstaaten zu belasten. Darum ist es nöthig, daß das Reich weiter zu entwickeln ist unmöglich angesichts der starken Belastung des Einkommens in den Einzelstaaten; es würde, wenn die indirecten Steuern verweigert werden, nichts übrig bleiben, als die Deficits durch Anleihen zu decken. Die Finanzlage im Reich gestaltet sich noch trüber, wenn man die Verhältnisse einzelner Ressorts genauer betrachtet. So ist der Ueberschuß der Postverwaltung nur ein scheinbarer, rechnet man die Leistungen der Eisenbahnen, die unentgeltlich gewährt werden, ab, so ergibt sich ein Deficit. Die Vorlage ist nicht undurchführbar; sie ist eine gute Sache, die sich von selber durchkämpft.

Hierauf wird die weitere Debatte auf morgen (Dienstag) 2 Uhr vertagt.  
Schluß 4 Uhr 45 Min.

**Breslauer Nachrichten.**

Breslau, den 30. Januar 1894.

**Aus dem Stadtparlament.**

Die nächste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung findet Donnerstag, den 1. Februar Nachmittags 4 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderen folgende Vorlagen: Das Gutachten der Ausschüsse IV. und V. über die Abänderung des Bebauungsplanes für den südlichen Theil der Schweidnitzer Vorstadt, soweit er die Anlage von Straßen auf den sogenannten Reichäckern betrifft, geht dahin, die Magistratsvorlage abzulehnen und den Magistrat zu eruchen, die Aufstellung eines anderen Bebauungsplanes, mittelst einer Concurrenz herbeizuführen, wobei die künftige Gestaltung des Bahnhofs der Oberschlesischen Eisenbahn zu berücksichtigen ist. — Der Ausschuss II. empfiehlt die Annahme der Magistrats-Vorlage, nach welcher den zur Zeit vorhandenen 20 Vollziehungsbeamten aus den bei dem Dispositionsfonds des Staats der Beamten-Befolgungen gemachten Gehaltserparnissen für das Jahr 1893/94 ein Betrag von je 100 Mark, bezw. ein verhältnismäßiger Theilbetrag an Stelle einer Gehaltserhöhung, wie sie die anderen Unterbeamten in den letzten Jahren erfahren haben, gezahlt werden soll. — Desgleichen empfiehlt der Ausschuss II. die Genehmigung der Vorlage betreffend die Anrechnung der Dauer der Militärdienstzeit der Militär-Anwärter bis zum Höchstbetrage von acht Jahren auf das der Berechnung des Assistenzgehaltes zu Grunde zu legende Dienstalter, und die Einstellung von 24 Assistenten- und 22 Canzlisten-Stellen in den Etat der Beamten-Befolgungen pro 1893/94. Das Anfangsgehalt der Canzlisten soll mit 1050 Mark (anstatt, wie im Etat vorgeesehen, mit 900 Mark) beginnen und von vier zu vier Jahren um je 150 Mark bis zu 1500 Mark steigen.

Nach einer weiteren Vorlage soll die Stadtgemeinde Breslau die Kosten, welche durch Verbreiterung der beiden Unterführungen der Berliner Chaussee im Zuge der Posener und der R.-D.-U.-Eisenbahn, von der für den Bau der Güterumgebungsbahn projectmäßig festgesetzten lichten Weite von 16 Meter auf 18 Meter lichte Weite entstehen, bis zum Höchstbetrage von 9000 Mark übernehmen. Der Magistrat fügt dem in seiner Begründung hinzu, daß der in Ausführung begriffene Bau der Güterumgebungsbahn eine Vermehrung der Geleise auf den die Berliner Chaussee kreuzenden Strecken der Posener und der R.-D.-U.-Eisenbahn unter entsprechender Verbreiterung der Bahndämmung bedingt. Es muß dabei gleichzeitig ein Umbau der beiden Unterführungen der Berliner Chaussee erfolgen, welche gegenwärtig eine lichte Weite von 9,45 Meter bezw. 9,40 Meter haben, und es sollen nach dem landespolizeilich und ministeriell festgesetzten Project den beiden Unterführungen eine lichte Weite von je 16 Meter auf Kosten der Eisenbahnverwaltung gegeben werden. Nach dem Bebauungsplan soll die Berliner Chaussee künftig eine Breite von 25,1 Meter zwischen den festgesetzten Fluchtlinien erhalten und der Magistrat hat daher bei den mit den Staatsbehörden über den Bau der Güterumgebungsbahn gepflogenen Verhandlungen im Interesse des ungehinderten Verkehrs den Antrag gestellt und festgehalten, daß der Eisenbahn-Verwaltung aufgegeben werden solle, die beiden Unterführungen in je 20 Meter lichter Weite auszuführen, welchem Antrage sich der Polizeipräsident und der Kreis-Landrath angeschlossen. Ueber das vom Magistrat Geforderte weit hinaus ist bekanntlich noch der Kreis-Ausschuß gegangen, indem er in dem Verfahren über die Concessionirung des Schlachthofes forderte, daß die Inbetriebsetzung des Schlachthofes so lange unterbleibe, bis die Berliner Chaussee einschließlich der beiden Unterführungen auf eine Fahrdamm-Breite von 22,5 Meter gebracht sein würde, das heißt unter Zurechnung von 3-4 Meter breiten Bürgersteigen auf eine Gesamtbreite von etwa 30 Meter. Auf den hiergegen eingelegten Recurs hat der Handelsminister diese Forderung aufgehoben und durch den endgültigen Bescheid des Ministers der öffentlichen Arbeiten hat das Verfahren dahin Abschluß gefunden, daß an der landespolizeilich festgesetzten Breite der beiden Unterführungen von je 16 Meter festgehalten festgehalten wird. Auch der Polizei-Präsident hat diese Breite nunmehr für ausreichend. Im Hinblick auf die zur Zeit noch nicht zu übersehende Entwässerung, welche der Verkehr in späterer Zeit auf der Berliner Chaussee nehmen kann, erachtet es der Magistrat für geboten, die Erweiterung der beiden Unterführungen von 16 Meter wenigstens auf 18 Meter lichter Weite bei Gelegenheit der Bauausführung vornehmen zu lassen und die Mehrkosten zu bestreiten.

Der zur Entwässerung des Schlachthofes und Schlachtwiehmartens zu Köpeltweg bestimmte Canal sollte, wie ursprünglich beabsichtigt, von der Berliner Chaussee ab in den Parallel-Wegweilich der Rechte-Ober-Ufer-Verbindungs- und der Posener Eisenbahn durch die beiden Unterführungen hindurch nach der Dammschneise gelegt und dort in den neuen südlichen Ringcanal einmündend werden. Diese Ausführung

von der Güter-Umgebungsbahn bedinge nämlich die Verbreiterung der Eisenbahndämme und in Folge dessen die Verschiebung des vorgebauten, dem Eisenbahn-Fiscus gehörigen Weges um etwa 13 Meter nach Westen. Der Einbau des Canals in den alten Weg, welcher künftig von dem verbreiterten Eisenbahndamme bedeckt wird, wäre daher unausführbar; der Canal muß vielmehr in den künftigen neuen Weg gelegt werden. Es sehe aber nicht fest, in welchem Jahre dieser Umbau der Bahn auf der Strecke zwischen Berliner Chaussee und Schiffsfahrts-Ober und damit die Anlage des neuen Weges seitens der Eisenbahn erfolgt. Nach dem neuen Project soll der Schlachthof-Canal vom Schlachthof-Bauanlage aus in östlicher Richtung durch die Berliner Chaussee und alsdann durch den dort jetzt bestehenden Feldweg, welcher in eine zukünftige Straße fällt, in den südlichen Ringcanal eingeführt werden. In Folge der Einführung des Schlachthof-Canals an diesem Punkte, anstatt wie in dem ersten Projecte vorgesehen, muß das Profil des südlichen Ringcanals in der Strecke von der Striegauer Chaussee bis zum Damme der Rechte-Ober-Ufer-Eisenbahn entsprechend vergrößert werden. Die hierdurch erwachsenden Mehrkosten bei Herstellung des südlichen Ringcanals berechnen sich auf 39 2000 Mark. Zum Neubau einer als Kunststraße i. Ordnung vom Chausseehaufe am letzten Heller in Köpeltweg durch Köpeltweg und Köpeltweg bis zur Kirche von Herrnprotz zu führenden Kreischaussee soll seitens des Krankenhaus-Pflichtigen, als Besitzer des Dominium Herrnprotz, ein Interessentenbeitrag von 10 000 Mark gewährt werden. Die Gesamtkosten der Kunststraße sind auf 198 000 Mark veranlagt, die Länge derselben beträgt 7917 Meter.

[Wir fahren auf der Eisenbahn] so lang bis wir die Schwindsucht ha'n. Der sicherste Schutz gegen Krankheit ist der Reichthum. Wer genügend Geld hat, der ist nicht allein bei sich zu Hause, sondern auch auf der Reise gegen Krankheit weit sicherer geschützt als der Arme. Die Nachteile des Reisens in der vierten Wagenklasse gegenüber der Eisenbahnfahrt auf weichem Polier trat mit einer Klarheit, die nichts zu wünschen übrig läßt, in einem Bericht zu Tage, den Dr. Petri im letzten Heft des kaiserlichen Gesundheitsamtes über die Verbreitung der Tuberkulose durch den Eisenbahnverkehr veröffentlicht hat. Im Laboratorium des kaiserlichen Gesundheitsamtes sind Mitte Januar 1891 bis Mitte Juli 1892 Versuche ausgeführt worden, denen gewisse Befürchtungen über die Möglichkeit der Tuberkuloseverbreitung durch die Schlaf-Wagen zu Grunde lagen. Diese auf alle Wagenklassen ausgebreiteten Untersuchungen hatten folgendes Ergebniss: Auf je einen Quadratcentimeter des Fußbodens fanden sich in der IV. Wagenklasse rund 12600 Bacterienkeime in der III. Klasse 5500, in der II. Klasse 4350 und in der I. Klasse 2600 Keime. Der Reisende der IV. Wagenklasse ist also fast fünfmal so stark einer Krankheitsgefahr ausgesetzt, als der Reiche auf den roten Polstern der ersten Klasse! Es heißt, daß über die zweckmäßigsten Mittel, um die Personenwagen von den schädlichen Keimen zu befreien, umfassende Versuche angestellt worden sind. Unseres Erachtens liegt die Abhilfe insoweit einfach zu Tage als man nur nöthig hätte, die elckhaft-schmutzigen Wagen der IV. Wagenklasse überhaupt ins Gerümpel zu werfen und an Stelle der unmenslichen Beförderungsorte eine menschliche zu setzen — selbstredend zu Fahrpreisen, die auch ein gewöhnlicher Dienstherr erbringen kann. Bevor dies nicht geschieht, werden auch die wissenschaftlichen Versuche wenig fruchten, unsere heutigen Eisenbahnerwartungen sehen allerdings nicht danach aus, als ob sie sich zu einem solchen Resultat auftraffen würden!

[Die „Ostwacht“ geht „schnorren“.] Schon wiederholt haben wir auf das „jüdische“ Gesichtsbahren des Organs der schlesischen Antisemitische hingewiesen. Greierud wirkt geradezu ein „praktischer“ Vorschlag, den ein „Ungermane“, in dessen Adern jedenfalls „kein Tropfen jüdischen Blutes“ rührt, in der letzten „Ostwacht“ zum Vorschein bringt:

Es giebt doch wohl unter unseren Anhängern wohlhabende und unter diesen wieder wohlbetagte Leute, die sich selbst sagen müssen, daß ihre Tage gezählt sind. Würde es nicht eine heilige Pflicht dieser alten Herren sein, uns jungen Leuten den Kampf gegen das Judenthum dadurch zu erleichtern, daß uns von ihnen durch leghwillige Vermächtnisse erhebliche Zuwendungen gemacht würden.

Ich glaube es ist dringend nöthig, daß das geschieht. Denn hätten wir genügend Geldmittel — ganz Schleien gehörte uns.

Die reichen Prozen in der Judenschaft erweisen den Herren Antisemitischen den Gehallen nicht, den Staub Deutschlands von ihren Füßen zu schütteln, natürlich unter Zurücklassung ihrer Moneten, und so geht man denn „Schnorren“ bei „deutschen“ Greien. Man muß aufrichtig bekennen, in „praktischen Vorschlägen“ zur Erlangung von Barmitteln sind unsere „urdeutschen“ Jünglinge unerr. ich. — In derselben Nummer wird u. A. auch eine sensationelle Broschüre angekündigt:

Die Sittlichkeitsverbrechen eines Breslauer Zeitungs-Redacteurs. Preis 30 Pf.

Wir sind wie ein „Rindbocken“ auf die Antisemitische



**[Breslauer Straßenbahn.]** Der Aufsichtsrath der Breslauer Straßen-Eisenbahngesellschaft hielt am letzten Freitag eine Sitzung, in welcher beschlossen wurde, der Generalversammlung die Vertheilung von 7 pCt. Dividende vorzuschlagen. Das genügt. Eine Ermäßigung einzelner Fahrpreise soll eintreten. Die Concurrenz der elektrischen Bahn thut jedenfalls zu viel Abbruch. Lange genug hat es zwar gedauert bis zu diesem kleinen Schritt der Pferdebahn. Zunächst werden die Fahrpreise, welche für die ganzen Strecken Scheitnig-Striegauerplatz, Ohlauer Barrière-Böpelwitz und Nechte-Ober-Ufer-Bahnhof-Kleinburg bisher 25 Pf. betragen, auf 20 Pf. als Maximumsatz ermäßigt. Ferner werden die Preise für die Strecke Ring-Scheitnig von bisher 20 Pf. auf 15 Pf. und für die Strecke Oberer Vär-Zoologischer Garten auf 10 Pf. herabgesetzt. Diese Ermäßigungen treten mit der Einführung des nächsten Sommerfahrplans in Kraft. Es sollen ferner Doppelwagen, welche an verkehrsreichen Tagen vom Königsplatz nach Scheitnig laufen, in Wegfall kommen und an deren Stelle nach Einlegung einer Weiche in der Nicolaistraße ein regulärer Fünfminutenbetrieb vom Depot oder vom Königsplatz nach Scheitnig an solchen Tagen eingerichtet werden. Endlich sind noch Verhandlungen im Gange, welche die Benützung der beiden Geleise in der Schmiedebrücke möglich machen sollen, damit der Fünfminutenbetrieb auch vom Ring nach dem Oberthor eingerichtet werden kann. Hierzu ist eine Einschränkung des Lastwagen-Verkehrs durch die Schmiedebrücke, bezw. des Be- und Entladens daselbst auf gewisse Stunden des Tages notwendig, wie dies für eine Anzahl Straßen in Berlin und an anderen Orten mit Rücksicht auf den Straßenbahn-Wagenverkehr angeordnet und ohne Störung des Geschäftsbetriebs durchgeführt ist. Ein hierauf bezüglicher Antrag ist bei dem königl. Polizeipräsidenten gestellt, und sobald die Genehmigung von dieser Stelle erteilt und die erforderliche Verordnung erlassen sein wird, soll der intensivere Straßenbahnbetrieb durch die Schmiedebrücke eingerichtet werden. Sobald die elektrische Bahn ihre Bahngeleise noch weiter ausdehnt und die Pferdebahn ihre Preise nicht zurückschraubt, dürfte letztere bedeutend verlieren. Wie rentabel die elektrische Straßenbahn trotz ihres Groschentarifs ist, zeigen die Börsencourse. Schon jetzt, nach kaum 1/2jährigem Bestehen, haben ihre Course die der Pferdebahn eingeholt. Weßhalb hat die Stadt sich einen derartigen Vortheil entgehen lassen? Warum???

**[Berichtigung.]** Die in Nr. 21 der „Volkswacht“ vom 26. d. Mts. unter der Epithete: „Nicht wenig überrascht“ veröffentlichte Mittheilung ist insofern nicht zutreffend, als die Feststellung der Personalien eines hiesigen Kaufmanns auf der Kaiser Wilhelmstraße durch einen Schutzmann am 23. d. M. nicht auf einem Irrthum beruhte, sondern gerechtfertigt und nothwendig war, auch die richtige Persönlichkeit betroffen hat.

Der königliche Polizei-Präsident.  
Biesko.

**[Vereinsnachricht.]** Im Lesezimmer Nr. 1, Galle's Local, Andersonstraße, wird Genosse Schütz einen Vortrag halten. Im Lesezimmer Nr. 2, Schmidmann 28, findet eine interessante Vorlesung über „die Klassen-Gegensätze in der heutigen G.-Gesellschaft mit Bezug auf die permanente Arbeitslosigkeit“ statt.

**[Mitglieder der Gewerkschaften merkt auf!]** Mittwoch, den 31. d. Mts., findet in der „Berliner Weißbierhalle“, Berlinstraße, eine Gewerkschafts-Versammlung statt, behufs ungiltiger Aufstellung der Candidaten zum Gewerbegericht. Alle Mitglieder der Gewerkschaften sind hierzu eingeladen. Näheres siehe Inserat.

**[Für Stotterer.]** In dem von Herrn C. Denhardt, Inhaber der C. Denhardt'schen Sprachheilanstalten in Dresden-Blasewitz und Burginnfurt, Westfalen, in Breslau, Bahnhofsstraße 4, 2 Treppen, veranfaßten Curias zur Heilung von Stotterern finden unmittelbare Sprachleider: eine unentgeltliche Aufnahme.

**[Bezüglich der Neu-Organisation der preussischen Staatsbahnen]** soll in den nächsten Tagen eine Sachverständigen-Commission erscheinen. Es handelt sich vor allem um eine Vereinfachung und Verbesserung der Verwaltung in der Weise, daß statt der zur Zeit bestehenden drei Verwaltungen deren nur zwei beibehalten werden. In Folge dessen wird die Zahl der jetzigen Eisenbahndirectionen von 41 auf 20 wenig vermehrt werden, während die Betriebsämter wegfallen und andererseits neue Inspektionen für die verschiedenen Betriebsamte angefaßt werden. Die Durchführung dieser „Reorganisation“ soll am 1. April 1894 erfolgen.

**[Die Monats-Versammlung] des Vereins der Kellner und Berufsgenossen im Gastwirthsgewerbe** findet diesmal nicht Dienstag, den 6. Februar, sondern Freitag, den 9. Februar, statt. Tagesordnung: Vortrag, Discussion, Wahl von Revisoren und zwei Delegirten für das Gewerkschafts-Cartell.

**[Gegen die deutschen Eisenbahn-Verwaltungen]** sind beim Reichs-Eisenbahnamt im Jahre 1893 im Ganzen 181 Beschwerden aus dem Publikum eingelaufen. Davon beziehen sich 45 auf die Verkehrsordnung, 27 auf die Tarife, 8 auf den Fahrbetrieb und 51 auf andere Gegenstände. Das Reichs-Eisenbahnamt hat von diesen Beschwerden für begründet erachtet 16, als unbegründet abgelehnt 34, auf den Rechtsweg verwiesen 3. In 28 Fällen war die Zuständigkeit des Reichs nicht begründet, in drei Fällen sind die angeordneten Erhebungen noch nicht abgeschlossen. Die übrigen 47 Beschwerden wurden an die zunächst zuständigen Eisenbahn-Verwaltungen zur Erledigung abgegeben. Betroffen von Beschwerden sind überhaupt 28 Eisenbahn-Verwaltungen.

**[Körperverletzungen und Unglücksfälle.]** Vor einigen Tagen wurde auf dem Wege von Jäschgüttel, Kreis Breslau, nach Polnisch-Peterwitz der Arbeiter Karl Heinert angefallen und durch zwei Stichwunden am Rücken verletzt. — Bei einer Prügelei in Brodau, Kreis Breslau, erlitt der Arbeiter Paul Schölzel vier Stichwunden am Kopfe. — Der Knecht Wilhelm Bernhard wurde am 24. d. Mts. bei Breslau von einem mit Steinen beladenen Wagen überfahren und trug einen Bruch des linken Oberschenkels davon. — Als am 24. d. Mts. der Knecht Karl Stolpe aus Kommenau mit dem Fällen von Eichen beschäftigt war, wurde er von einem stürzenden Stamme zu Boden geschlagen und erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels und schwere Verletzungen am Rücken. Alle diese Verletzten fanden im Krankeninstitut der Parnherzigen Brüder Aufnahme.

**[Unglücksfall.]** Am 26. d. Mts., Nachmittags, kam auf der Rosenthalerstraße ein Mann zu Falle und zog sich dabei mehrere Wunden am Kopfe zu, so daß er mittelst Krankenwagen nach dem Allerheiligen-Hospital gebracht werden mußte.

**[Aufschieß.]** Am 26. d. Mts., drangen drei junge Burschen auf dem Märkerplatz mit Messer aufeinander ein und rissen sich die Kleider vom Leib. Um der wilden Scene ein Ende zu machen, wurden die Burschen in Haft genommen.

**[Aufgegriffen]** wurde am 26. d. Mts. Vormittags, in dem Hausflur eines auf der Neuschkestraße belegenen Grundstückes, wo er genächtigt hatte, der 10 Jahre alte Schulknabe Emanuel Tomonik, welcher sich bereits mehrere Tage obdachlos umhertrieb.

**[Polizeiliche Nachrichten.]** Gefunden: ein Muß, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Chenilleuch, ein Bitterfaß-Stuhl, ein schwarzes Spitzenuch, eine Reisekoffer, eine Geldbörse mit Inhalt u. d. ein goldener Ring. — Verloren: ein Korallerarmband, eine silberne Remontoiruhr und ein Dibergeppel. — Gestohlen: einem Sattlergesellen aus seiner auf der Neuen Junkerstraße gelegenen Wohnung ein goldener Trauring und ein Paar S. anatolische. — Verhaftet am 27. und 28. d. Mts.: 79 Personen.

**[Die erweiterte Spruchkammer des Reichsversicherungsamtes]**, unter dem Vorsitz des Directors Gabel, verhandelte am 24. d. Mts. über einen merkwürdigen Fall, den der Begl. Dabel gegen die Versicherungsanstalt Bosen begonnen hatte. Der Kläger erklärte sich für dauernd erwerbsunfähig und beantragte bei der Versicherungsanstalt für Bosen eine Invalidenrente. Der Artzbescheid kam aber zur Ueberzeugung, daß Dabel seine Erwerbsunfähigkeit zum größten Theil simulire und wohl im Sterbe sei, sich nach zu erweisen. Auf Grund dieses Gutachtens ertheilte die Versicherungsanstalt dem Kläger einen ablehnenden Bescheid, da er noch nicht dauernd erwerbsunfähig sei. Hiergegen legte Dabel Berufung beim Schiedsgericht ein und beantragte, die Bescheid zur Aufhebung zu verurtheilen. Das Schiedsgericht hat jedoch Johann von dem Reichsversicherungsamt ein Gutachten ein, das diesmal etwas günstiger für den Kläger ausfällt: der Gutachter ist zwar der Meinung, daß Dabel immer noch etwas arbeiten, aber doch noch einen Theil der von seiner früheren Erwerbsfähigkeit verlorene Schiedsgericht, welches den klagenden Sachverständigen falsch verurtheilt, so ist der Kläger mit seinen Aufstellungen ab, indem es erachtet, Dabel sei nur ein Theil in seiner Erwerbsfähigkeit verlohren. Und darauf sah das Schiedsgericht an, daß es Erwerbsunfähigkeit mit dem Kläger nach ein Verhältnißverhältnis ohne nachher Verhandlung im Recht zu. Gegen diese Ent-

scheidung ergriff die Versicherungsanstalt das Rechtmittel der Revision, behauptete, der Kläger sei gar nicht invalid, auch leide das Verfahren des Schiedsgerichts an wesentlichen Mängeln. Das Reichsversicherungsamt hielt die Revision für begründet, die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur neuen Verhandlung und wiederholten Berathung an das Schiedsgericht in Bnin zurück. Die erweiterte Spruchkammer ging von der Ansicht aus, daß das Berichtigungsverfahren des Schiedsgerichts unzulässig anzusehen sei, um so mehr, da das Verfahren ohne mündliche Verhandlung stattgefunden hat. Auch der Inhalt der Acten wurde für unzureichend erklärt; Alles dies machte die Aufhebung der Vorentscheidung und die Zurückverweisung der Sache an die Vorinstanz erforderlich.

**[Untersuchungen der Dampfkessel.]** Amtlichen Prüfungen, Druckproben und Untersuchungen der Dampfkessel im Regierungsbezirk Breslau werden nach einer Mittheilung der königlichen Regierung Breslau erfolgen: a) Im Bezirk der Gewerbe-Inspection zu Breslau (umfassend die Kreise Staßfurt und Landkreis Breslau, Ohlau, Brieg, Neumarkt, Wohlau, Gubrau und Steinau) durch den königlichen Gewerbe-Inspector Siebert und die Gewerbe-Inspection Assistenten Knoll, Fr. Schneider und Hassenflug in Breslau; b) im Bezirke der Gewerbe-Inspection zu Dels (umfassend die Kreise Dels, Groß-Wartenberg, Namslau, Trebnitz und Militsch) durch den königlichen Gewerbe-Inspector Rüsselbauer zu Dels; c) im Bezirke der Gewerbe-Inspection zu Waldenburg (umfassend die Kreise Waldenburg, Schweidnitz, Striegau, Neurode, Glog und Habelschwerdt) durch den königlichen Gewerbe-Inspector Tobias und Gewerbe-Inspection Assistenten Dr. Klittner zu Waldenburg; d) im Bezirke der Inspektion zu Reichenbach (umfassend die Kreise Reichenbach, Nimpsch, Strehlen, Münsterberg und Frankenstein) durch den königlichen Gewerbe-Inspector Franz zu Reichenbach. Zur Vornahme von amtlichen Druckproben der Dampfkessel der Mitglieder des schlesischen Dampfkessel-Üeberrachungs-Vereins sind ermächtigt: die Ingenieure Minssen, Ernst Munchelt, J. Leipold, J. Dell, C. Debusmann, Fr. Stelzner, Th. Wendt, Rud. Czernet, S. Mayer, Fr. Reinecke, R. Rausch und Rindler.

**Gerichtliches.**

**Eine verurtheilte Ordnungsfürer.** Vor der Strafkammer in Halle stand am 25. Januar der Banquier Bernhard Lindner, dessen Bankrott großes Aufsehen erregte, angeklagt in 28 Fällen der Unterschlagung von Depots, 7 Fällen der Untreue, ferner des Betruges in einem Falle und des Bankrotts. Bei dem Zusammenbruch des Geschäftes waren 76.476 Mk. an Activen vorhanden, während die Passiven 1.744.187 Mk. betrugen. Der Angeklagte hat das Vermögen vieler Kunden und das seiner Ehefrau (280.000 Mk.) verpeculirt; in Getreide verlor er u. a. 309.000 Mk. in Actien 263.000 Mk. Er wurde wegen einfachen Bankrotts und Unterschlagung in 13 Fällen zu 5 Jahren Gefängniß verurtheilt; der Staatsanwalt hat 8 Jahre beantragt.

**Schlesien.**

**Aufruf**

an die Genossen der Wahlkreise Grünberg-Freystadt, Sagan-Sprottau, Glogau, Lissa-Fraustadt und Bomst-Meseritz!

Auf dem schlesisch-polenischen Parteitag in Gagnau sind oben genannte Wahlkreise zu einem Agitationsbezirk vereinigt worden, welcher von einem Comité, mit dem Sitz in Grünberg, hinsichtlich der Agitation zu leiten ist.

Die Grünberger Genossen haben nun in einer am 21. Januar stattgefundenen öffentlichen Versammlung dieses Comité gewählt, und zwar besteht dasselbe aus den Genossen H. Stolpe und J. Kurzweg.

Dieselben ersuchen sämtliche Vertrauensleute sowie die einzelnen Genossen auf dem Lande umgehend ihre Adressen einzusenden.

Ebenso richten wir die Aufforderung an alle Genossen, die Sammlung von Selbmittheilen zur Förderung der Agitation ergiebig und energig in die Hand zu nehmen!

Des Ferneren geben wir vorläufig bekannt, daß zu nächster Zeit, wahrscheinlich zu Ostern, eine Bezirks-Conferenz stattfinden wird, und werden wir hierüber noch nähere Bekanntmachungen erlassen.

Thue Jedem seine Schuldigkeit! Vorwärts, damit es nicht wird in unserer nächsten Ecke!

H. Stolpe, Tischlermeister, Grünberg, Grünstraße 10.

J. Kurzweg, Kaufmann, Niedertorstraße 6. NB. Die „Königliche Postkammer“ und „Proletariat“ werden um Abdruck gebeten. D. D.



**Nachtrag aus dem letzten Winterjahre.**  
Aus Goldbachs Haushalt Glas, während „Proletarier“ aber die Thätigkeit des Pfarrers Klein-Reiners geschrieben: diesen armen Webern wird die Bettel- als die Kartoffelernte vollständig mangelte, als die armen Webern und Häusler keine Kartoffeln hatten, als die wenigen Glücklichen, welche sich noch im Besitze einiger derselben befanden, diese in dem strengen Winter vor Hunger aufzehren mußten, unerschöpflich sein. Das Elend war grauhaft, dabei die Aussicht, die kleinen Fässer, welche diese Armen und Unglücklichen noch immer nothdürftig vor dem Verhungern schützten, nicht mehr bestellbar, von ihnen keine Ernte mehr erwarten zu können. Wie sollte es dann den kommenden Winter werden? Das Gespenst des Verhungerns geisterte drohend in allen Hütten hinein. Da war es der evangelische Pastor Klein aus Reinerz, welcher versuchte, das Elend der Weber ohne Unterschied der Confession, soweit es in seinen Kräften stand, zu mildern. Wenn ist die edle Thätigkeit dieses Pastors nicht bekannt? Es fehlte vor allem an Saat-Kartoffeln; er beauftragte eine Sachverständigen-Commission, feinfähiges und klimatisches Saatgut zu besorgen. Die Commission war thätig. Schon im März waren Saat-Kartoffeln vorhanden. Die Vertheilung sollte beginnen, den gänzlich Armen sollten sie umsonst abgegeben werden, anderen gegen Credit zu einem minimalen Preise. Hoffnung kehrte in die Herzen der so schwer bedrückten Weberbevölkerung ein, doch es kam anders, die Hoffnung wurde gänzlich zu Schanden gemacht. Der Pastor Klein bekam von seiner vorgesetzten Behörde den Befehl, seine Unterstützungs-Thätigkeit einzustellen. Im Mai wandten sich nun die Gemeindevorsteher an das Landrathamt und wurde denn nun beschlossen, daß der Kreis Saatgut antaufen und den Webern zu dem Selbstkostenpreise (4 Mark pro Centner) abgeben solle. Das ist nun geschehen. Aber ungenießbare Vieh-Kartoffeln waren es, welche den armen Webern verkauft wurden, und bei der Ernte waren die Früchte verkauft und die Weber hatten weniger Kartoffeln, als bei der Saat. Nun sollten die gegebenen Vieh- resp. Samenkartoffeln bezahlt werden, die Weber im größten Elend waren es nicht im Stande und nun kam — die Pfändung. Das nennen manche Leute das Elend mildern. Und wer war es nun, welcher das menschenfreundliche Wirken des Pastors Klein vereitelte? Es bildete sich damals eine ultramontane Gesellschaft, an der Spitze stand ein Herr Doctor Schubert. Gehört hat man nichts, daß diese Gesellschaft etwas zur Vinderung der Noth gethan hätte, aber man wird nicht fehl gehen, wenn man hier den Ursprung des Steines sucht, der dem Wirken des evangelischen Pastors in den Weg gelegt wurde. Die schwarze Garde hatte offenbar Angst, daß durch das wirklich menschenfreundliche Wirken des Herrn Klein ein paar Schäfchen der alleinseligmachenden katholischen Kirche verloren gehen könnten. Wir wissen, daß sowohl die evangelische, als auch die katholische Kirche stets auf der Seite der Mächtigen gestanden und den Armen die Gemüthsruhe gelehrt hat, wir wissen, daß die evangelischen und katholischen Mäcker einander werth sind; wir wissen ferner, daß die anpönerungswürdigste Thätigkeit nicht im Stande gewesen wäre, das Elend der Weber auf die Dauer zu mildern oder überhaupt ganz aus der Welt zu schaffen; daß dies kein Mensch, und hätte er den besten Willen, im Stande ist, denn die elende Lage der Weber ist in unserer heutigen Gesellschaftsordnung begründet. Die Handweber sind ein zu Grunde gehender Stand, er liegt in den letzten Todesstadien. Der Handweberstahl ist von dem mechanischen Webstuhl, der Handweber von dem Fabrikbesitzer verdrängt worden. Wir wissen, daß nur durch eine Umwälzung unserer heutigen Gesellschaftsordnung, durch das Uebergehen aller Maschinen in Gemeinbesitz, alles Elend endgültig aus der Welt geschafft werden kann. Aber die religiöse Unduldsamkeit und Borniertheit der schwarzen Garde hat sich in diesen Hungerjahren im schönsten Lichte gezeigt.

**Sächsisch.** Nachklang vom heiligen Abend 1893. Ein hiesiger Verein vertheilte zu Weihnachten Geschenke, schloß jedoch dabei eine arme Wittwe aus, weil dieselbe Söhne hat, welche socialdemokratische Vereine unterstützen. Das ist gewiß die Nächstenliebe, von der mancher freisinnige Herr bei der Einberufung immer „schwafelte“. Ihr Arbeiter in jenem Verein: das geschenkte Bier hat Euch wohl zahn gemacht? Ein Arbeiter.

**Brieg.** Die hiesigen Tabakarbeiter haben sich Ende vorigen Jahres an unseren Abgeordneten v. Saurma-Jeltsch brieflich gewandt mit dem Ersuchen, im Reichstage seine Stimme gegen die Tabakfabriksteuer sowie gegen jede weitere Belastung des Tabaks abzugeben. In dem Schreiben war die tieftraurige Lage der hiesigen Tabakarbeiter kurz geschildert und wurde der Herr Abgeordnete zum Schluß höflichst ersucht, einem der Unterzeichner gest. mitzutheilen, wie er sich zu der geplanten Steuer stelle. Doch — bis zum heutigen Tage haben die Tabakarbeiter vergeblich auf eine Antwort des freiherrlichen Volksvertreters gewartet. Nun, die hiesigen Tabakarbeiter werden sich das hinter die Ohren schreiben und bei den nächsten Wahlen tüchtig mitarbeiten, damit der „Gnädige Herr“ einem Socialdemokraten Platz machen muß. Wozu seit ist der Wahlkreis doch gerade nicht?

**Neustadt Os.** Die Nacht der Pfaffen ist gerochen. Deloch ist unterlegen, trotzdem mehr denn 30 Geistliche für seine Wahl eifrig agitirten. Strzoda, der sich der Günst nur eines „geflüchten Herren“ erfreute, ist oben auf. Recht erheitert werden die „Bodsprünge“, welche das schlesische Centralorgan des Centrums die „Schlesische Volkszeitung“, macht, um mit dem „Mantel der Hebe“ die Thatsache zu verschleiern, noch interessanter in dieser Beziehung wirkt das Schreiben eines der „anfechtendsten Geistlichen“ jenes Wahlkreises an die „Volkszeitung“:

„Die Frage für uns ist kurz, die: wer soll das ober-schlesische Volk künftighin führen, der Klerus oder die drei Posener Redacteure? Das ist der Kernpunkt des gegenwärtigen Kampfes für uns.“ Es sei ihm „nicht zweifelhaft, daß die Agitation von Posen aus betrieben wurde.“ Der heutige „Katholik“ dem der Sieg Strzoda's noch nicht bekannt ist, vertheidigt in einem gegen den von uns reproduzirten Artikel des „Kurier

„Volksblatt“ vertheilten Vetter seine Ecession zu Strzoda damit, daß die Wähler des Herrn Strzoda nichts anderes gethan, als was der Herr Pfarrer in Neustadt gethan. Der Hinweis eines Centralblattes auf das „böse Spiel“ der Ecession im Centrum in der vorjährigen Sommercampagne mit uns — ist stichhaltig erschienen. Denn das Charakteristische der damaligen Wahlbewegung war ja eben, daß die Centrumpartei im Schlesien wegen der Militärfrage von vorn herein gespalten war, und es bestand von vorn herein kein Zweifel, daß ein Theil der Centrumsmitglieder ihren bisherigen langjährigen Vertreter von Schalscha festhalten werde. Nichts von alledem aber trifft hier zu. Herr Strzoda hat auf der hiesiger Versammlung seine Candidatur entschieden abgelehnt, er und sein Anhang stimmten für Deloch, und man war in vollster Harmonie auf den nominirten Candidaten auseinander gegangen. Erst das ebenso geheim gehaltene, wie unvermuthete Erscheinen und die Heterogen des polnischen Redacteurs in dem Wahlkreise haben den Abfall von Deloch und den bedauerlichen Zwiespalt in den bis dahin einigen Centrumsreihen hervorgerufen und bewirkt. Die verbörrerten Zustände innerhalb der schlesischen Centrumpartei, von denen ein rheinisches Centrumsblatt aus Anlaß der Neustädter Wahl heute rehet, sind eine Folge des gegenwärtig allenthalben grassirenden „Nationalitätenzwangs“. Wir haben ganz analoge „vermorrhene Zustände“ in Westpreußen, im Ermlande, in Nordschleswig und sogar bei den Litauern in Kemel-Tilsit — von der österreichischen Monarchie vollends abgesehen! Hätte man im Westen so etwas wie eine „polnische Frage“, so würden vermuthlich selbst alle Künste der dortigen berufenen und unberufenen Kritiker sich nicht als stark genug erweisen, im Handumdrehen der Situation Herr zu werden. Hat man es dort, trotz allen Besserswissens und Bessermachens, selbst ohne polnische Redacteure aus Posen, doch auch schon glücklich zu einem „Fall Fußangel“ gebracht. Daß die westlichen Kritiker von heute im vorigen Jahre meistentheils zur Erstarkung des Einflusses der polnischen Blätter in Oberschlesien beigetragen haben, scheinen sie bereits ganz vergessen zu haben, obgleich es noch gar nicht so lange her ist, daß man sich auf gewisse „gerechte deutsche Centrumsblätter“ in jenem Lager berief. Und damit für heute genug.“

Ein derartiger Gieranz drückt die Sache nicht tod. Es hat sich auch hier die Thatsache gezeigt, daß die Massen des Centrums sich nicht mehr so leicht am Gängelbande des Klerus leiten lassen. Die sonst so geduldigen Centrums„Lämmer“ sind stürmisch und aufstrebend geworden gegen ihre „Leithammel“. Uns natürlich sehr, sehr angenehm.

**Zur Stichwahl.** Das definitive Wahlergebnis ist nach der hiesigen „Volkszeitung“, folgendes: Von 10 324 Stimmen erhielt Strzoda 7565, Deloch 2746. Ungültig waren 13 Stimmzettel.

**Falkenberg.** Festnahme eines Deserteurs. Ein Deserteur mit Namen Zankowski vom 35. Feld-Artillerie-Regiment in Graudenz, der seinen Truppentheil bereits im Juni v. J. verlassen hat, wurde im hiesigen Krankenhaus erkrankt und unter militärischer Bedeckung zunächst nach dem Artillerie-Schießplatz gebracht, von wo seine Weiterbeförderung nach Graudenz erfolgen wird. In letzter Zeit haben sich die Desertionen außerordentlich gemehrt.

**Schniegel.** Wahl zum Gewerbegericht. Die Wahl der Beisitzer für das Gewerbegericht des Kreises Schniegel findet am Freitag, den 23. Februar d. J., in dem Saale des Kreisständehauses statt. Die Wahlhandlung beginnt Vormittags um 8 Uhr und dauert bis 2 Uhr Nachmittags. Arbeitnehmer rafft Euch auf!

**Rattowitz.** Vier Menschen verbrüht. Am Donnerstag Nachmittag plägte auf Vogrube bei Gernitz ein Dampftrug. Durch das herausströmende Wasser wurden nach der „Rattowitzer Zeitung“ vier Arbeiter verbrüht, daß ihre Ueberführung nach dem Hübner Knappschlags-lazareth erfolgen mußte; zwei der Verletzten liegen hoffnungslos darnieder.

**Sagan.** Das von hier verschwindende Dienstmädchen, welches nach den Mittheilungen mehrerer auswärtiger Blätter Selbstmord begangen haben sollte, lebt und hat, wie die „S.“ zig.“ mittheilt, in der Zwischenzeit bei ihrem Brautigam die Stelle als Wirthin vertreten.

**Langenbielau.** Raubanschlag durch Soldaten. Die beiden Soldaten, welche am 3. September den Reisenden Ranslau in Langenbielau überfielen und beraubten, sind, wie das „Schles. Tzgl.“ berichtet vom Kriegsgericht zu einer längeren Freiheitsstrafe verurtheilt, wegen Ueberfalls und Raubes freigesprochen. Das Urtheil ist vom Kaiser nicht genehmigt, sondern an das Kriegsgericht zurückverwiesen. Dieser Tage wurde in Ober-Beilau bei dem Gutsbesitzer Kleiner, wo der eine Soldat im Quartier gelegen hat, in der Scheune ein Soldaten-Verdächtigen mit einem Betrage von 90 Mk. gefunden. Amtsvorsteher Herzog machte sofort der Militärbehörde in Reife hiervon Mittheilung und am Dienstag traf der Auditor der 12. Division in Ober-Beilau ein, um die nöthigen Verhöre vorzunehmen. Durch den Fund des Geldes ist die ganze Angelegenheit in ein neues Stadium getreten.

**Sagan.** Angstmeierei. Kürzlich meldeten wir von der gefundenen Dynamitbetarde in Posen, mit der sich jemand einen recht dummen Spaß erlaubt hatte, der üble Folgen nach sich ziehen konnte und noch kann. Heute lesen wir aus Sagan folgende Notiz:

**Drohbrief.** In einem bei der Polizei-Bewahrung eingegangenen, selbstredend anonymen Briefe wird die Polizei mit „Bombenfeuer“ bedroht und der Polizei-Inspector in anerkennenswerther Rücksichtnahme schon jetzt darauf vorbereitet, daß er einen Reserndich zu erwarten habe. Der Polizei-Inspector soll sich, wie das „Sag. Wchbl.“ scherzhaft berichtet, sofort einen Anzug beim Schneider der meister Dove bestellt haben, ferner sollen die Polizeibeamten von jetzt ab Revolver bei sich führen.

Wir halten den ganzen Brief für einen „Miß“, der aber unter Umständen für den Briefschreiber noch böse Folge haben könnte. Deshalb nun gleich die Polizei bereitwillig werden

hoff aus Kulak eines bewarigen, Mücks, ist für uns unverständlich.

**Standesamtliche Nachrichten**

Dom 27. bis 29. Januar.

**Gelräth's Ankündigungen.** II. Steinmey Otto, ev., Neudorfstraße 13, und Anna Malenka, ev., Kaiser Wilhelmstraße 60. — Kaufmann Emil Materik, kath., Sonnenstraße 38, und Hedwig Krafel, kath., Dorfweidstraße 15. — Fabrikarbeiter Franz Lehner, kath., Neue Lauenburgerstraße 79, und verw. Emma Schwan, geb. Klein, ev., hier. — Arbeiter Mojs Scholz, kath., Georgenstraße 23, und Anna Goltsch, ev., hier. — Zahntechniker Josef Wölckel, kath., Glasschiffstraße 9, und Franziska Limmel, kath., Gartenstraße 18. — Haushälter Karl Barck, ev., Kleine Grotschengasse 23, und Bertha Scheffel, ev., Vöschstraße 36. — Hilfsgerichtsbücher Karl Lach, ev., Hübnerstraße 49, und Clara Stille, ev., Friedrichstraße 75. — Arbeiter Wilhelm Wiesner, ev., Ostauer Chaussee (Knebelhaus), und Anna Gabel, ev., hier. — III. Arbeiter Karl Michalte, kath., Kleine Scheitingerstraße 24, und Franziska Bente, kath., ebenda. — Arbeiter Bartholomäus Jochen, kath., Ottostraße 2, und Bertha Pagelt, kath., Vöschstraße 19. — Arbeiter Heinrich Heinze, ev., Elbingstraße 3, und Anna Czernad, ev., ebenda. — Stadtpostbote Franz Simon, kath., Wühlgasse 3, und Ernestine Schulte, kath., Weidenstraße 8. — Gymnasiallehrer Georg Balow, ev., Delsnerstraße 13, und Clara Nabel, geb. Buchholz, ev., Lehndamm 30.

**Eheschließungen.** I. Arbeiter Hermann Klingebeger, ev., mit Clara Steinadler, kath., hier. — Tischler Oscar Dissen, ev., Luth. Batum in Kaukasien, mit Kaufmann Otto Dier, ev., hier. — Bildhauer Paul Brand, kath., mit Anna Kretschmer, kath., hier. — Schneider Josef Fiebig, kath., mit Anna Czaja, geb. Kiewitz, kath., hier. — Dachdecker Hermann Scholz, kath., mit Mathilde Ahl, ev., hier. — Mühlensbesitzer Josef Pujar, kath., Marienthal, mit Emilie Christiana, kath., hier. — Städtischer Lehrer Anton Wahlth, kath., mit Gabriele Obst, kath., hier. — II. Standesb. Stellvertreter Friedrich Wimmer, ref., mit Elise Reiner, kath., hier. — Maschinenwärter Heinrich Matzke, kath., mit Pauline Kündt, ev., hier. — Haushälter Johann Jaron, kath., mit Bertha Grandé, ev., Stabelwitz. — Arbeiter August Kempe, ev., mit Dorothea Leber, kath., hier. — Schneider Karl Wolf, ev., mit Karoline Molinet, kath., hier. — Schneider Wilhelm Wünnig, ev., mit Maria Danielsof, kath., hier. — Kaufmann Victor Czarka, kath., Berlin, mit Elisabeth Rosenberger, kath., hier. — III. Drechsler Waldemar Schubert, ref., mit Anna Starostka, kath., hier. — Müller Karl Oberfeld, kath., mit Agnes Scholz, kath., hier. — Brauereimeister Heinrich Siegel, ev., mit Anna Nestripke, geb. Reuter, kath., hier. — Hilfsbreitler Franz Dittmann, kath., mit Hedwig Müller, kath., hier. — Zimmermann Oscar Schwenk, ev., mit Annie Kist, ev., hier. — Arbeiter Karl Hopps, kath., mit Theresia Kensch, kath., hier. — Korbmacher Hermann Trautmann, ev., Kusak, mit Agnes Kist, kath., hier. — Arbeiter Paul Strenake, ev., mit Bertha Danigel, ev., hier. — Zimmermann Johann Witel, ev., mit Pauline Scholz, ev., hier.

**Todesfälle.** I. Elisabeth, f. des Handelsmanns August Hante, 8 Mon. — Alfred, S. des Barbiers Franz Lammel, 6 J. — Arbeiter Reinhold Geider, 53 J. — Schneidemeister Pauline Pöschel, geb. Bartsch, 75 J. — Fräulein Schneider Gustav Koschel, 82 J. — Kaufmannsrau Marie Kramer, geb. Mitsche, 60 J. — Dienstmädchen Karoline Dieck, 71 J. — Gertrud, f. des Brauers Otto Kluge, 1 J. — II. Alfred, S. des Schlossers Karl Weinert, 1 J. — Fräulein Schneidermeistersrau Louise Wilde, geb. Kofel, 66 J. — Fräulein Restaurateur Hermann Kunze, 49 J. — Zimmermannswittwe Marie Liebe, geb. Ossig, 79 J. — Arbeiterfrau Rosina Frost, geb. Stropke, aus Opperau. — Arbeiterwitwe Rosina Kärger, geb. Morawe, verw. gewesene Ransch, aus Friedewalde. — Kinderwärterin Susanna Pannet, aus Klein-Peterwitz. — Arbeiter Franz Müller, 54 J. — Wilhelm, S. des Arbeiters Richard Brehmer, 2 J. — III. Schornsteinfegermeistersrau Annie Schneider, geb. Witt, 46 J. — Fräulein, S. des Postunterbeamten Emil Franke, 6 Mon. — Gertrud, f. des Seilers Josef Kofe, 8 Mon. — Bureauist Rudolph Thomas 80 J. — Gutsbesitzerwitwe Stanislawa Krajewska, geb. Spuberska, 60 J. — Carl, S. des Maschinenwärters Paul Ertek, 8 Mon. — Tischlermeister Bruno Czecorzanski, 64 J. — Hans, S. des Kaufmanns Siegmund Dobisch, 8 J. — Margarethe, f. des Sattlers Carl Tir, 3 J. — Herbert, S. des Rangirers Carl Kanther, 4 J.

**Breslau, 29. Januar.** (Breslauer Mehlmarkt) Weizen-Anzuzugemehl per Brutto 100 kg incl. Sack 22,00 bis 22,50 Mk. — Weizen-Sammelmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 19,50—20,00 Mk. — Weizen-Meine per Netto 100 kg incl. Säcken a) ausländisches Fabrikat 8,60—9,00 Mk. b) ausländisches Fabrikat 8,20—8,60 Mk. — Roggenmehl fett per Brutto 100 kg incl. Sack 17,50—18,00. — Feinstes Mehl per Netto 100 Kilogramm in Säcken a) ausländisches Fabrikat 9,20—9,60 Mk. b) ausländisches Fabrikat 8,60—9,00 Mk.

**Breslau, 29. Januar.** (Amtlicher Producten-Börse-Bericht) Roggen (per 100 Kilogramm) per Januar 122,00 G. Hafer (per 100 Kilogramm) per Januar 153,00 G. — Mühl (per 100 Kilogramm) — gekündigt — Str. loco in Dualitäten à 5000 Kilogramm — per Januar 17,00 G. per April-Mai 17,50 G. — Spiritus per 100 Liter (à 100 pSt) ohne Fah; excl. 50 und 70 Mark Verbrauchsabgabe, gek. — Str. abgethaner Ründigungscheine — per Januar der 48,70 G. 100



### Stadt-Theater.

Direction: Dr. Theodor Loewe.  
Dienstag:  
„Aus eigenem Recht.“

### Lobe-Theater.

Direction: Fritz Witte-Wild.  
Dienstag:  
Der Herr Senator.  
Mittwoch:  
Dieselbe Vorstellung.

**Rechtskanzlei v. Dressler,**  
Königsplatz, Alagen, Bescherwen,  
Mag., Gnad.-Gef. u. u. erzb. Rath. 1882

**Auktions-Lokal  
und Möbel-Handlung**  
befindet sich nicht mehr  
Matthias-Strasse Nr. 17  
wo jetzt der Ledelladen ist sondern nur  
Matthiasstr. 70

**A. Gorstel,** früher  
Mehlhose.

**Alte Stiefeln**  
hoff Hartisch, Remarkt 3. [1933]

**Fabrik von Arbeitersachen**  
Spezialität: Arbeitshosen.

**E. Liedecke, Stodgasse Nr. 30.**  
En gros. 1920 En détail.

**Rum, Syrit- und Liqueur-Fabrik**  
**Edwin Delahon,** 1911

Fabrik: Remarkt 6. Filiale: Friedrich-Wilhelmstrasse 40 b.  
Gaststätte der Elektrischen Bahn. Telefon Nr. 807.

Das v. m. Parteilag in Köln beschlossene Central-Bochenblatt erscheint  
am 1. Februar 1894 unter dem Titel:

## Der Sozialdemokrat

Wochenblatt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Max Schippel.

Abonnements-Preis pro Quartal Mk. 1,20.

Abonnements werden allerorts bei den bekannten Partei-Kolporteurs  
entgegengenommen, alle Einzelbestellungen aber sind, da die Post innerhalb  
eines Quartals auf neuerscheinende Wochenblätter keine Bestellungen ent-  
gegennimmt, vorläufig für die Monate Februar und März an die  
Expedition des „Sozialdemokrat“, Berlin SW., Bentzstr. 2  
zu richten. Bis zum 1. April liefert dabei die Expedition direkt unter Streich-  
band an die einzelnen Korrespondenten pro Februar und März zum Preise von  
Mark 1,- fürs Inland und Mark 1,20 fürs Ausland. Den versan-  
dentlichsten Abonnementsbetrag bitten wir in Briefmarken an die Ex-  
pedition einzulösen.

Vom 1. April ab sind alle Einzelabonnements direkt bei der Post zu  
bestellen; Einzelbestellungen können vom 1. April von der Expedition  
zu ermäßigtem Preise befragt werden.

Bei Partienbezug tritt je nach der Zahl der bezogenen Exemplare eine  
Ermäßigung der Bezugsbedingungen ein.  
Bestellungen sind zu richten an:  
Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“  
Berlin SW., Bentz-Str. 2.

**Die be-**  
sten Fleischtücher, sowie Brot und alle  
anderen Backwaren liefert die Bäckerei  
**Schweigerstr. 22 nur 22.**

**Stodgasse 27**  
im Größten Brivings-Handlung.  
Grüne Heringe, 8 Pf. 20 Pf.  
Schottenheringe, vorzügl. zum  
Marinieren, Mandel u. 80 Pf. an.

**Wilh. Langner's**  
Cigarren-fabrik 1764  
Bismarckstrasse 38  
empfiehlt ihr Lager selbstgefertigter  
Cigarren einer geneigten Beachtung

**Genossen**  
meint  
Ein- u. Verkaufsgeschäft!  
Oberstrasse 18/19  
**Bittner, vorm. Trowe.**

**Todesanzeige.**  
Am 28. d. Mts. verschied nach kurzem Krankenlager unser  
werther Freund und Colloge, der Kupferschmied Herr  
**August Fabian,**  
im nicht ganz vollendeten 62. Lebensjahre. 1866  
Sein wackeres Eintreten für den Verein, sowie sein kolle-  
gialischer Sinn sichern ihm bei uns ein bleibendes Andenken.  
**Der Unterstützungs-Verein  
der Kupferschmiede Deutschlands, Filiale Breslau.**  
Beerdigung: Donnerstag Nachm. 3 nach Oswitz.  
Trauerhaus Broitstrasse 11/7.

**Sozialdemokratischer Verein  
für Breslau und Umgegend.**

**Lesezimmer Nr. I.**  
P. Saller's Restaurant, Underföhnrade 4.  
Mittwoch, den 31. Januar Abends 8 Uhr:  
**Vortrag des Genossen Schütz.**  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. — Aufnahme neuer  
Mitglieder. — Gäste haben Zutritt.

**Lesezimmer Nr. II.**  
Küpper's Lokal, Schwedem 28 (Adamo).  
Mittwoch, den 31. Januar Abends 8 Uhr:  
Vorlesung: Die Klassen-Gegenläufe in der heutigen Gesellschaft mit Bezug auf  
die per. anente Arbeitslosigkeit.  
Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. — Gäste werden freundlich aufgenommen

**Sefangsabtheilung.**  
„Drei Lauben“, Remarkt Nr. 8.  
Jeden Freitag Abends 8 Uhr:  
Lebungsstunde unter Leitung eines tüchtigen Dirigenten. — Aufnahme  
neuer Mitglieder erfolgt im April. — Beiträge zum Verein werden  
entgegen genommen.  
Zusätzlich werden die Parteigenossen, insbesondere die Vereins-  
mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß im Vereinslokal „Drei Lauben“  
folgende Parteizeitungen zu freier Benutzung ausliegen: „Vorwärts“,  
„Echo“, „Wähler“, „Fränkische Tagespost“, „Proletarier“, „Volkswacht“.  
Der Vorstand.

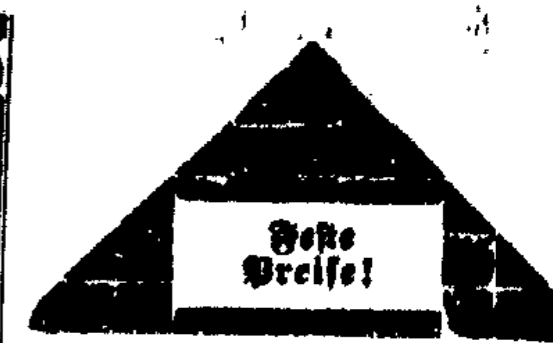
**Gewerkschafts-Conferenz**  
Mittwoch, den 31. Januar, Abends 8 Uhr  
Berliner-Strasse, Berliner Weißbierhalle.  
Tages-Ordnung: 1. Endgiltige Festsetzung der Kandidaten zum  
Gewerbegericht. 2. Verschiedenes. 1964  
Die Mitglieder sämtlicher Gewerkschaften sind eingeladen.  
Die Kommission zur Regelung der  
Gewerbe-Gewerkschaften.

Donnerstag, den 1. Februar 1894, Abends 8 Uhr:  
**Öffentliche Tapezierer-Versammlung**  
im Lokal von Zavel Kleine Grofchengasse 15. 1963  
Tages-Ordnung: 1. Fragen der Organisation. —  
Referat wird in der Versammlung bekannt gegeben.  
2. Gründung einer Organisation im Tapezierer-Gewerbe. 3. Verschiedenes.  
Eintritt frei. Der Einberufer.

für alle in der Holzindustrie beschäftigten Personen findet  
Donnerstag, d. 1. Februar cr.,  
Vormittags 10 Uhr eine  
**Arbeitslosen-Versammlung**  
im Saal der Villa Lieb an Rosenthaler Chaussee;  
Tagesordnung: 1963  
1. Die Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen. 2. Diskussion. —  
Eingeladen sind alle Holzgewerbetreibende, sowie Arbeiterinnen, Polierinnen usw.  
Eintritt frei. Der Einberufer.

**Allgemeine Kranken- und Sterbefälle**  
der deutschen Arbeiter- u. Berufsvereinsvereine (E. S. 86 Hamburg.)  
**Mitglieder-Versammlung**  
Freitag, den 1. Februar 1894, Vormittags 11 Uhr  
in Edlich's Lokal, Remarkt 8 (3 Lauben).  
Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht des IV. Quartals 1893. —  
2. Bericht des Delegierten von der am 25. Dezember 1893 in  
Münchener Zimmermann General-Versammlung. — 3. Aufforderung  
des Ausschusses zu einer außerordentlichen General-Versammlung  
zur Ortsverwaltung. 1961

**Eine Welt- und Lebensanschauung für das Volk**  
und besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen an-  
gründlichen Fragen von J. G. Jost.  
in 10 wöchentlichen Vorträgen zu je 10 Pf. = 6 Kr. 2. 18  
zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht“.



**Der Schmalzjoll!**  
Selbst Schmalz ist noch zu theuer  
Wohl manchem armen Mann;  
D'rum hob man auf die Steuer —  
Das war sehr wohlgethan!  
Indes der Herr Minister  
hat Alles redressirt;  
Nun ist der Schmalzjoll, nicht Ihr  
Auf 8 neu' hier eingeführt. —  
„Gold 74“ nimmer  
geht auf, was sie beschloß:  
Das Beste schlägt sie immer  
zu bill'gem Preise los!

**Jetzt**  
Inventur-Preis!  
**Pelerinen-Mäntel**  
für Herren u. Knaben, 1900  
**Gesellschafts-Anzüge**  
in Rammgarn und Chertol.  
**Loden-Joppen,**  
bis zum Halbe schickend

Winter-Valerots jeder Größe  
v. 10 Mk. an, Ia. wie nach Maß  
gefertigt, von 18 Mark an,  
Schwaloff's mit Pelzwerk,  
Herren-Anzüge von 10 Mk. an,  
seine Anzüge von 14 Mk. an,  
Frauen-Anzüge in Tuch und  
Rammgarn von 25 Mk. an,  
sehr gute von 33 Mk. an, Herren-  
Jackets von 5 Mk. an, Schlaf-  
röcke von 8 Mk. an, Herren-  
Duffel-Jacken von 3 Mk. an,  
gute Hosen von 5 Mk. an, Hosen  
und Westen von 6 Mk. an,  
moderne von 8 Mk. an,  
Knaben-Valerots von 8 Mk. an,  
Anzüge für jedes Alter von  
2,50 Mk. an. Kleider-Preis.  
Leder-Hosen nur 2 Mark.

**Goldene 74**  
I. El., Ohlauerstr. 74, I. El.  
Neue Fracks  
werden  
verliehen.

**Möbel, Spiegel,**  
Polsterwaaren, Regulatoren,  
Wand- und Taschenuhren,  
Teppiche nur Gelegenheits-  
käufe, kauft man am billigsten  
bei 1871

**Gerstel,**  
früher Mehlhose.  
70 Matthias-Strasse 70.

Alle die „Volkswacht“  
betreffenden Beschwerden  
sind an den Obmann der  
Beschwerde-Kommission,  
**Herrmann Wersch,**  
Humboldtstr. 7  
zu richten.

**Jeremias-Kalender.**

**Breslau.**  
Verein der Kellner u. Berufs-  
genossen im Gastwirthsgewerbe für  
Schlesien. [Sitz Breslau]. Monats-  
versammlungen finden am d. Dienstages  
nach jedem 1. im „rothen Löwen“,  
Kupferschmiedestraße 21, statt.

**Illustrirter  
Neue Welt-Kalender**  
für das Jahr 1894.  
Inhalts-Verzeichniß.  
Kalender, Postkarten u. Souvenir-Kalender. Beschreibungen,  
Wörter- und Streifen-Kalender, Räthsel, Reize und Räthel.  
Im Anhang des Jahres. Auf der Schwelle. Erzählung von  
Frau von Lott-Borsigheim (mit Illustrationen) Flora Germann.  
Der Hofm. von Jallerleben. Die Gerechtigkeit. Von Dr. J. Burg  
(mit Beifügung). Wohnungsleben, Proletariatsleben und Sen-  
sation. Von Dr. H. Braun. Auf dem Holweg. Humoreske  
von Victor Berg (mit Illustration). Fabel und Fabel. Von  
Hilbert Schöndt (mit Illustration). Der Opa. Von Otmund  
Röhler (mit Illustration). Auf der Schwelle der ersten Frau-  
schlechte Robert Owe. Von Ed. Bernheim (mit Illustration).  
Sibirien. Schicksal von Otto Ernst. Pelzerien und Pelzerien-  
handeln. Von Dr. B. S. (mit Illustration). Genug. Bericht  
von Franz Dierich. Hölzer Wind und Regen. Erzählung von  
Lilla Langer (mit Illustration). Wer soll der Postbote da noch  
stehen? Schicksal von Robert Seidel. Fliegende Blätter. Für  
wenig Mädchen. Fiedlervermittlungstabelle.  
Hierzu vier Kupfer: Die Einbürgerung — Liebe und Krieg —  
Oberbürgerlicher Scherzhauser — Der Fiedler — Ein Wandkalender.  
In bezug auf die „Gepöhlten der Volksmacht“  
und alle Colporteurs.